



17/115-NRW-SO
21201116-2 New

31. 3. 1990

Wahlplattform

der CDU Nordrhein-Westfalen

beschlossen vom 7. Landesparteitag

am 31. März 1990 in Neuss

WAHLPLATTFORM
der CDU Nordrhein-Westfalen
beschlossen vom 7. Landesparteitag
am 31. März 1990 in Neuss

Gliederung	Seite
Alle wollen Freiheit	1
Wir sind ein Volk	1
24 Jahre SPD sind genug	2
Unser Land hat den Wechsel verdient	3
Mit uns hat die kleine Gemeinschaft wieder Vorfahrt	4
Unsere Idee setzt sich durch: Soziale Marktwirtschaft	4
Kleine und mittlere Betriebe: Motoren des Strukturwandels	6
Zusammen mehr Arbeit schaffen	7
Sichere, saubere und preiswerte Energie aus und für NRW	8
Nicht länger mit Rau im Stau	9
Den Menschen ein Zuhause geben	11
Nicht auf Kosten unserer Kinder leben	12
Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen	13
Unser Leben - die Natur	13
Wasser ist Leben	15
Weg von der Wegwerfgesellschaft	16
Chancen für die Landwirtschaft	17
Die Frauenpolitik voranbringen	19
Unsere Zukunft hat Namen und Gesichter: Kinder	20
Das Alter in die Mitte des Lebens zurückholen	22
Schule für Kinder	24
Ideen schmieden für unsere Zukunft	28
Kampf gegen Gewalt und Verbrechen	31
Unsere Heimat: weltoffen und tolerant	32
Kultur und Sport pflegen - Leben erleben	34
Unsere Medien - verantwortete Freiheit	35
Bürgernahe Politik in Städten und Gemeinden	38

Alle wollen Freiheit

Wir leben in einer bewegenden Zeit. Wir erleben einen neuen Aufbruch der Freiheit. Die Menschen in der DDR, in Osteuropa, in vielen Teilen der Welt erstreiten sich fundamentale Menschen- und Freiheitsrechte. Vor der Macht der Freiheit müssen Mauer und Stacheldraht, Panzer und Bajonette kapitulieren, denn die natürliche Sehnsucht der Menschen nach Freiheit ist stärker. Die Freiheit ist der Motor unserer Zeit.

Das Zeitalter des Kollektivismus geht zu Ende. Der Sozialismus entspricht nicht den Hoffnungen und Wünschen der Menschen. Er ist weltweit gescheitert. Die Zeichen der Zeit stehen auf freie individuelle Entfaltung und Entwicklung der Menschen und Völker. Unsere Landsleute in der DDR haben durch ihr überzeugendes Votum dem Sozialismus, gleich welcher Ausprägung, eine entschiedene Absage erteilt. Denn bei allen Unterschieden, die es zwischen totalitärem Sozialismus und demokratischem Sozialismus gibt: Beide bevorzugen bürokratische obrigkeitssstaatliche Lösungen. Sie mißtrauen privaten Initiativen und individuellen Entwürfen. Beide sind mit Zentralismus und Planwirtschaft nicht in der Lage, die Bedürfnisse der Menschen und die Probleme der Welt zu lösen. Nicht dem Plan und der Bürokratie, sondern dem Markt und dem Handel gehören die Zukunft. Selbst- und Mitbestimmung, Selbst- und Mitverantwortung, so viel Freiheit wie möglich, so wenig Staat wie nötig – das ist CDU-Politik. Die Union ist der Partner der Bürger und nicht ihr Vormund.

Wir sind ein Volk

Mit ihrer friedlichen Revolution haben die Menschen in der DDR nach über 40 Jahren der Teilung allen Deutschen die historische Chance zur Wiedervereinigung erkämpft. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem Deutschlandplan, mit seinen Initiativen zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, mit seiner Politik der Beständigkeit, des Augenmaßes und der Beharrlichkeit den Weg gewiesen, auf dem die Deutschen ihre Einheit in Freiheit erreichen. Die Politik von Helmut Kohl und der CDU ist die Antwort auf das unübersehbare Verlangen der Menschen in beiden Teilen Deutschlands nach Zusammengehörigkeit und Einheit. Die eindrucksvollste Bestätigung dafür ist der überwältigende Wahlsieg der Parteien der "Allianz für Deutschland" bei den Volkskammerwahlen am 18. März.

Wir wollen ein geeintes Deutschland als Teil eines freien und geeinten Europas. Ein vereintes Deutschland ist für die europäischen Staaten keine Gefahr, sondern ein demokratischer, verlässlicher und gleichberechtigter Partner, so wie dies die Bundesrepublik Deutschland in den 40 Jahren ihres Bestehens war. In einem geeinten Europa freier Völker wollen wir allen Europäern gute Nachbarn und Freunde sein; wir fordern für die Deutschen in Mittel- und Osteuropa ein gesichertes Heimatrecht und ihre ungeschmälerte demokratische Gleichberechtigung in Politik, Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir wollen durch unsere Politik dazu beitragen, den Prozeß der deutschen Einheit zügig voranzutreiben und sowohl in der DDR wie in den osteuropäischen Ländern wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen, die es den Menschen ermöglichen, in ihrer Heimat zu bleiben. Die Aus- und Übersiedler wollen wir sozial, gesellschaftlich und wirtschaftlich integrieren.

Wir treten dafür ein, daß ein geeintes Deutschland ein föderaler Bundesstaat sein wird, dessen Zukunft maßgeblich von starken und selbstbewußten Bundesländern gestaltet wird.

Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unser Vaterland, Nordrhein-Westfalen unsere Heimat.

24 Jahre SPD sind genug

Durch die Einigung Deutschlands und Europas rückt Nordrhein-Westfalen zum erstenmal in seiner Geschichte in eine zentrale gesamteuropäische Position, die neue Chancen bringt, aber auch neue Antworten erfordert. Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen und muß auf allen wichtigen Politikfeldern zukunfts-fähig werden. Wir wollen ein starkes NRW in einem einzigen Deutschland. Dazu braucht es jetzt den Abschied von bremsendem Bürokratismus, sozialdemokratischem Filz, von sozialistischer Ideologie. 24 Jahre SPD-geführter Regierung in Nordrhein-Westfalen haben dazu geführt, daß die SPD unser Land inzwischen wie ihr Eigentum behandelt. Viele SPD-Funktionäre verwechseln in ihrer Doppelfunktion Staat und Partei. Aber Nordrhein-Westfalen ist nicht SPD-Eigentum.

Die SPD NRW, die sich nach wie vor den Zielen eines demokratischen Sozialismus verpflichtet fühlt, hat keine Antworten mehr für die Zukunft unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Das beweisen auch die Ergebnisse ihrer bisherigen Politik:

- * Eine hemmungslose Schuldenpolitik blockiert erfolgreiche Zukunftsgestaltung.
- * Eine bürokratische Wirtschaftspolitik ist Ursache für eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Arbeitslosigkeit in NRW.
- * Eine verfehlte Wohnungspolitik ist Ursache für eine Wohnungsmisere in NRW. Über 200.000 Wohnungen fehlen.
- * Eine ideologisch verklemmte Schul- und Bildungspolitik vermindert die Zukunftschancen unserer Kinder.
- * Eine familienfeindliche Sozialpolitik läßt Kinderreiche, alte Menschen und Behinderte im Stich.
- * Eine lasche Verbrechensbekämpfung verunsichert Bürger wie Polizei und fügt dem Rechtsstaat schweren Schaden zu.
- * Eine unentschlossene Umweltpolitik verzögert die notwendige ökologische Erneuerung unseres Landes.

Unser Land hat den Wechsel verdient

NRW braucht einen neuen Aufbruch für eine freiheitliche zukunftsorientierte Politik. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dafür sorgen, daß wieder Kompetenz und Leistung und nicht Parteibuchwirtschaft Maßstäbe für die Arbeit der Landesregierung sein werden. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben einen Anspruch darauf, nicht länger schlecht verwaltet, sondern endlich gut regiert zu werden. Unser Land hat den Wechsel verdient. Mit Mut, Tatkraft und Engagement will die CDU unser Land wieder dahin zurückführen, wo es hingehört: an die Spitze aller Bundesländer.

- * Wir wollen ein kinderfreundliches Nordrhein-Westfalen. Kindergeschrei ist für uns keine Last, sondern Zukunftsmusik. Für uns hat die Zukunft Namen und Gesichter, unsere Kinder.
- * Wir wollen ein partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in Familien, Beruf und Gesellschaft.
- * Wir wollen ein familienfreundliches Nordrhein-Westfalen. Wir werden die Förderung unserer Familien zum Mittelpunkt unserer Politik machen.
- * Wir werden die Bildungschancen für unsere Kinder verbessern. Jedes Kind hat entsprechend seiner Neigung und seinen Fähigkeiten Anspruch auf Hilfe und Förderung. Die Schule muß für die Kinder da sein, nicht für Ideologen.
- * Wir wollen die Erfahrungen und das Wissen unserer älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger besser für eine menschliche Gesellschaft nutzen. Es gilt die Älteren wieder in die Mitte des Lebens zurückzuholen.
- * Wir wollen ein sicheres Nordrhein-Westfalen. Gewalt und Verbrechen müssen entschiedener bekämpft werden. Ein starker Rechtsstaat ist der beste Schutz vor Kriminalität und Verbrechen. Dem Einzelnen muß schneller zu seinem Recht verholfen werden.
- * Wir wollen mehr Arbeit schaffen in Nordrhein-Westfalen. Dazu werden wir die wirtschaftlich innovativen Kräfte unseres Landes fördern, die Soziale Marktwirtschaft stärken und die Wirtschaft von lästiger Bürokratie und staatlicher Bevormundung befreien.
- * Wir werden den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen vorantreiben. Dazu werden wir die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft fördern.
- * Wir wollen unsere Umwelt besser schützen. Schließlich haben wir die Erde nur von unseren Kindern geliehen. Es liegt an uns und einer international abgestimmten Umweltpolitik, daß unser Planet gesund bleibt oder dort, wo er erkrankt ist, wieder gesunden kann.

Mit uns hat die kleine Gemeinschaft wieder Vorfahrt

Der demokratische Sozialismus der SPD setzt vor allem auf große Einheiten, auf Großorganisationen und große Institutionen. Ihm ist der Hang zum Zentralismus, zur Bevormundung, zu obrigkeitssstaatlichem Verhalten eigen. Eine CDU-geführte Landesregierung dagegen wird der kleineren Gemeinschaft wieder Vorfahrt geben. Wir setzen auf Familie und Nachbarschaft, auf freiwilliges Zusammenwirken der Menschen.

Die Sehnsucht der Menschen richtet sich wieder stärker auf die kleinere Einheit. Der Spaß an der Vielfalt nimmt zu. Wir wollen Selbständigkeit, Selbst- und Mitverantwortung stärken. Sie geben der Gesellschaft ein menschliches Gesicht und bewahren uns vor der Anonymität, vor einer Gesellschaft "grauer Mäuse".

Gerade in einem zusammenwachsenden Europa gewinnt die Heimat, gewinnen die Regionen und Kommunen wachsende Bedeutung. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Landespolitik danach ausrichten, daß NRW aus Regionen und Kommunen besteht, die ihre eigene Identität und Geschichte haben und wahren wollen.

Die gleichgewichtige Förderung aller Regionen ist einer CDU-geführten Landesregierung selbstverständliche Verpflichtung. Die Stärkung der Selbsthilfe in Wirtschaft und Gesellschaft, die Stärkung der Eigenständigkeit und Selbstverwaltung auf der kommunalen Ebene ist zentrales Anliegen der CDU-Politik für NRW.

Unsere Idee setzt sich durch: Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft ist weltweit auf dem Vormarsch, die sozialistische Planwirtschaft in Ost-Berlin, Warschau, Prag, Bukarest, Budapest, Sofia, Moskau und Peking gescheitert. Soziale Marktwirtschaft verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung persönliche Freiheit und soziale Verantwortung, Leistung und soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Fortschritt und Rücksicht auf die Umwelt. Humaner und sozialer als jeder Zwang ist die Freiheit.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat für einen in ganz Europa unvergleichlichen wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik gesorgt. Seit 1982 sind mehr als 1,5 Mio. Arbeitsplätze geschaffen worden, ist die Inflation gestoppt, haben wir stabile Preise, steigen die Einkommen für Arbeitnehmer und Unternehmen. Die Leistungen der Sozialsysteme sind dank der Politik der Bundesregierung gesichert.

Unter der SPD-geführten Regierung ist die Arbeitslosigkeit in NRW seit 1978 wesentlich schneller gewachsen als in den anderen Bundesländern. Neue Arbeitsplätze sind in NRW langsamer hinzugekommen. Dank einer konsequenten Politik der Sozialen Marktwirtschaft, der Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung, geht es auch in Nordrhein-Westfalen wirtschaftlich aufwärts. Aber ohne die Bremser in der SPD ginge es schneller und besser.

Die Initialzündung für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Nordrhein-Westfalen war die von der CDU NRW herbeigeführte Ruhrgebietskonferenz beim Bundeskanzler, die in Aufgabenstellung und Reichweite weit über das Ruhrgebiet hinausreicht. Dort wurden die Kräfte des Aufbruchs in NRW gebündelt und neue zukunftsweisende Initiativen gestartet. Auf allen Feldern der Wirtschaftspolitik, vom Umweltschutz bis zur Verkehrspolitik, von der Technologieförderung bis zur Altlastensanierung wurden konkrete Projekte zur wirtschaftlichen und ökologischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens verabredet und auf den Weg gebracht. Gegen SPD-Widerstand hat die CDU NRW mit der nationalen Raumfahrtagentur ein Flaggschiff des technologischen Fortschritts nach NRW geholt.

Durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, durch die Sanierung des Bundeshaushaltes wurde es dem Bund möglich, NRW verstärkt zu helfen. Seit 1982 erhielt unser Land vom Bund mehr als 90 Mrd. DM. Nie zuvor hat eine Bundesregierung so viel für Nordrhein-Westfalen getan wie die Regierung Helmut Kohl.

Wenn es gelang, den schwierigen Umstrukturierungsprozeß gerade auch im Kohle- und Stahlbereich sozial- und regionalverträglich zu gestalten, dann ist das in erster Linie Ergebnis der Bonner Kohle- und Stahlpolitik. Eine CDU-geführte Landesregierung wird die wirtschaftlich innovativen Kräfte unseres Landes stärken, indem sie Soziale Marktwirtschaft in NRW belebt und die Wirtschaft von hemmender Bürokratie und staatlicher Bevormundung befreit.

Die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1993, der politische Befreiungsprozeß und die Einführung des ordnungspolitischen Systems der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern stellen unsere heimische Wirtschaft vor neue Herausforderungen. Das Zusammenwachsen Europas und der Welt ist eine gute Chance für unser so verkehrsgünstig liegendes Land. Den damit verbundenen Herausforderungen werden wir in NRW nur gerecht, wenn wir fortschrittsgerechte und zugleich menschenfreundliche Rahmenbedingungen für die 90er Jahre schaffen.

Wir brauchen große und kleine Unternehmen. Wir werden uns in der Wirtschaftspolitik von der in NRW traditionellen Fixierung auf Großunternehmen lösen. Die Stärkung unternehmerischer Vielfalt wird zentrales Anliegen unserer Wirtschaftspolitik sein. Die Flexibilität des Mittelstandes wird noch mehr als jetzt schon den wirtschaftlichen Erfolg und damit unseren Wohlstand bestimmen.

Wir werden die Wirtschafts- und Strukturförderung Nordrhein-Westfalens grundlegend erneuern. Land und Bund werden ihre ergänzenden Förderprogramme so abstimmen, daß sie der notwendigen und gewollten Vielfalt in Nordrhein-Westfalen entsprechen. Das beispielhafte Vorgehen der Bundesregierung bei der Durchführung des Strukturhilfeprogramms ist hierfür Beispiel und Richtung.

Wir wollen Nordrhein-Westfalen zu einer Musterregion für eine marktwirtschaftlich orientierte Umweltpolitik machen. Im Umweltsektor gibt es große, allen zugute kommende Wachstumsmärkte. Wir werden uns nicht allein auf Gebote und Verbote beschränken, sondern auch durch marktwirtschaftliche Anreize dafür sorgen, daß das knappe Gut Umwelt geschützt wird. Ökonomie und Ökologie werden in einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft miteinander versöhnt.

Wir werden den akuten Industrie- und Gewerbebeflächenmangel, insbesondere im Ruhrgebiet, schrittweise abbauen und die Sanierung der Altlasten vorantreiben. Dazu werden wir die Mittel für die Altlastensanierung aufstocken und auch Wirtschaft und Industrie stärker in die Pflicht nehmen. Mit dem Altlastensanierungsprogramm muß ein Flächenrecycling verbunden werden.

Wir werden die Infrastruktur Nordrhein-Westfalens den Notwendigkeiten strukturellen Wandels anpassen. Dazu gehört sowohl das Schließen von Lücken in der Verkehrsinfrastruktur wie auch ein verbesserter Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechniken. Der Einsatz modernster Technologien ist für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung in Nordrhein-Westfalen unverzichtbar.

Wir werden in Nordrhein-Westfalen eine erweiterte Qualifizierungsoffensive starten. Ausbildung und Qualifikation sind der wichtigste Rohstoff unseres Landes. Strukturwandel darf nicht nur Erneuerung des Maschinenparks sein. Erfolgreicher, weil sozialverträglicher Strukturwandel setzt fundierte berufliche Bildung, ständige Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmer voraus. Berufliche Weiterbildung ist eine primäre Aufgabe der Wirtschaft und ihrer Selbstverwaltungsorgane.

Kleine und mittlere Betriebe: Motoren des Strukturwandels

Nordrhein-Westfalen braucht einen starken, auf die Wünsche der Menschen bei uns und in aller Welt ausgerichteten Mittelstand. Die Vielfalt und die Dynamik, die aus hunderttausenden von kleinen und mittleren Unternehmen in Handel und Gewerbe, im Handwerk und im Dienstleistungssektor erwachsen, sind der sicherste Garant für Wachstums- und zusätzliche Beschäftigungschancen in NRW. Dazu brauchen wir weniger staatliche Gängelung, sondern mehr Chancengerechtigkeit und Freiraum. Wir werden die Wirtschaftsförderung im Land auf eine überschaubare Anzahl von Institutionen, Fördertöpfen und Zuständigkeiten konzentrieren, um sie mittelstandsfreundlicher zu machen.

Wir werden in Zusammenarbeit mit dem Mittelstand neue Formen des Technologietransfers ausloten. Sie sind besonders auf die Zusammenarbeit mit den Hochschulen angewiesen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Nordrhein-Westfalen leidet darunter, daß Genehmigungsverfahren bei uns zu lange dauern. Die gesetzlich vorgeschriebenen Anhörungs- und Beteiligungsverfahren werden wir zeitlich befristen, auf das Notwendige beschränken und besser koordinieren.

Zusammen mehr Arbeit schaffen

Das beste Programm gegen Arbeitslosigkeit ist eine gute Wirtschaftspolitik. Verantwortung für mehr Beschäftigung tragen zudem die Tarifvertragspartner. Wir wollen die Tarifpartner in NRW ermutigen, gerade auch in NRW berufliche Weiterbildung, flexible Arbeitszeitformen einschließlich der Einrichtung dezentraler Arbeitsplätze zum Gegenstand tariflicher Vereinbarungen zu machen.

Viele Frauen und Männer müssen heute immer noch voll arbeiten, obwohl sie eine Teilzeitarbeit wünschen. Eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Arbeitszeitwünsche dient dem einzelnen und seiner Familie ebenso wie der Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen dabei mit gutem Beispiel vorangehen.

Große Chancen für mehr Arbeit liegen im Ausbau neuer Beschäftigungsfelder. Dazu gehören die großen Aufgaben im Sozialbereich wie im Umweltschutz.

Aber auch der Staat ist gefordert. Seit 1982 hat die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung mehr als 20 Milliarden DM für eine aktive Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen bereitgestellt.

Gemeinsam mit den Betrieben und Gewerkschaften, den Verbänden der Wirtschaft und den Trägern der Fort- und Weiterbildung werden wir den Arbeitnehmern neue und zusätzliche Möglichkeiten der Weiterbildung eröffnen. Besonderer Hilfe bedürfen dabei junge Menschen ohne Schulabschluß und ohne Berufserfahrung, Frauen in der Lebensmitte, die wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen und Arbeitnehmer, die nach langen Jahren der Berufsarbeits das Lernen wieder lernen wollen.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt den arbeitslosen Schwerbehinderten. In NRW leben fast 50 Prozent aller arbeitslosen Schwerbehinderten in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist es um so schlimmer, daß die SPD-geführte Regierung schon seit 1982 ihre Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte nicht mehr erfüllt. Mehr als 20 Mio. DM Strafe hat das Land dafür seit 1982 zahlen müssen. Die CDU wird dafür sorgen, daß das Land bei der Beschäftigung Schwerbehinderter endlich zu einem Vorbild auch für die private Wirtschaft wird.

Der harte Kern der Arbeitslosigkeit ist die Langzeitarbeitslosigkeit. 38 Prozent aller Arbeitslosen in NRW sind ein Jahr und länger arbeitslos. Nordrhein-Westfalen braucht neue Initiativen zur wirkungsvoller und schnelleren Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Wir müssen die Hilfen zur Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger verstärken. Wer Sozialhilfe in Anspruch nimmt und arbeitslos ist, soll unter Berücksichtigung seiner gesundheitlichen und familiären Lage verstärkt zur Teilnahme an Qualifizierung und Weiterbildung und gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden. Die gemeinnützige Arbeit soll dabei das erste Glied in einer abgestimmten Maßnahmenkette sein, die zur dauerhaften Wiedereingliederung ins Arbeitsleben führt.

Kampf gegen Arbeitslosigkeit heißt auch Kampf gegen Mißbrauch und Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung. Wir wollen die wirklich Arbeitsuchenden vor der Verwechslung mit Arbeitsscheuen und Aussteigern schützen.

Deshalb fordern wir die Unternehmen auf, ihre freien Stellen mehr als bisher den Arbeitsämtern zu melden. Das wirksamste Mittel gegen den Mißbrauch der Arbeitslosenversicherung sind konkrete Arbeitsangebote und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung. Wer eine zumutbare Arbeit oder Qualifizierungsmaßnahme ablehnt, stellt sich selbst außerhalb der Solidargemeinschaft der Arbeitslosenversicherung.

Sichere, saubere und preiswerte Energie aus und für NRW

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland in Deutschland und Europa. Nur mit sicherer, sauberer und preiswerter Energieerzeugung wird unser Land auch in Zukunft seine zentrale Bedeutung für die deutsche und europäische Energieversorgung behalten.

Die Preise für Energie sind in den letzten Jahren in Nordrhein-Westfalen stärker gestiegen als in anderen Bundesländern. Unsere Wettbewerbsposition hat sich verschlechtert. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind wir jedoch auf günstige Energiekosten angewiesen.

Zur Sicherung unserer Energieversorgung wollen wir auch in Zukunft auf unsere heimische Steinkohle nicht verzichten. Dank des Einsatzes der Bundesregierung konnten kurzfristige Struktureinbrüche bei der Kohle abgewendet werden. Die jüngsten Vereinbarungen zur Sicherung des laufenden Jahrhundertvertrages bis 1995 belegen dies. Die Kohle muß auch danach im europäischen Markt einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung leisten.

Der Steinkohlebergbau ist auf langfristige Planungssicherheit angewiesen. Wir haben zur Sicherung der Kohlepolitik in der Bundesrepublik Deutschland ein langfristig angelegtes Konzept über 1995 hinaus entwickelt. Dabei setzen wir weiterhin bei der Stromerzeugung auf einen Verbund von Kohle und Kernenergie.

Die Braunkohle wird auch in Zukunft ein wichtiger Pfeiler der Energiepolitik bleiben. Die Entscheidung über die Vertretbarkeit des Tagebauprojektes Garzweiler II wird erst dann möglich sein, wenn die zu erwartenden Eingriffe in Natur und Umwelt abschließend beurteilt sind. Nordrhein-Westfalen ist auf die Nutzung aller Energieträger angewiesen. Dazu gehören Kohle, Öl und Gas sowie die Kernenergie und erneuerbare Energiequellen. Die fossilen Energieträger Kohle, Mineralöl und Gas verursachen bei ihrer Verbrennung Emissionen, die als Hauptursache für mögliche Klimaveränderungen gelten. Neben dem eingeleiteten Verbot der Verwendung von Fluorchlorkohlenwasserstoff bei uns und zahlreichen internationalen Maßnahmen müssen wir vor allem zu einer wirksamen Verminderung der CO₂-Emissionen beitragen.

Das erfordert Maßnahmen zur rationellen und klimaverträglichen Energiepolitik: Sparsame und effiziente Nutzung vorhandener Energieträger; Verminderung der Umweltbelastung aus der Nutzung fossiler Energieträger insbesondere aus der Kohleverstromung; Entwicklung, Erprobung, Nutzung und Förderung erneuerbarer Energieträger und die verantwortliche Nutzung und technologische Weiterentwicklung der Kernenergie.

Die Kernenergie kann nicht allein die Lösung des Klimaproblems sein; jedoch gibt es keine Lösung ohne Kernenergie, so lange eine umweltverträgliche Alternative nicht verfügbar ist. Wer wie die SPD in NRW jetzt aus der Kernenergie aussteigen will, begeht einen Anschlag auf unser Klima.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird im Bundesrat eine Initiative zur Einführung einer CO₂-Abgabe bei der Energieerzeugung ergreifen. Damit soll zum einen ein marktwirtschaftlicher Anreiz geschaffen werden, die Emissionen an Kohlendioxid zu begrenzen. Zum anderen sollen die Einnahmen aus dieser Abgabe dazu genutzt werden, umweltschonende Energietechniken zu fördern.

Nicht länger mit Rau im Stau

Unser Land muß in einem europäischen Binnenmarkt zur Drehscheibe und zum Dienstleistungszentrum werden. Wir wollen den zunehmenden Mobilitätsbedürfnissen der Menschen durch neue und umweltverträgliche Verkehrsangebote in Nordrhein-Westfalen Rechnung tragen.

"Mit Rau im Stau", das ist jetzt die Situation auf den Straßen an Rhein und Ruhr. Zu bestimmten Zeiten bricht der Straßenverkehr regelmäßig zusammen. Eine erhöhte Umweltbelastung sowie starke physische und psychische Belastung für die Menschen sind die Folge. Eine wesentlich intelligentere Nutzung unserer Straßen durch modernste Technologien, durch intelligente Verkehrssysteme und durch den Einsatz der Elektronik im Kraftfahrzeug ist möglich und nötig. Das Fahrzeug darf nicht zum Stehzeug werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird auch die Verkehrsinvestitionen wieder verstärken. Besonders dringlich ist der Ausbau des überregionalen Straßennetzes u.a. der A 44 (DÜBoDo), der A 46 (Wuppertal-Düsseldorf), der A 31 (Bottrop-Gronau), der A 33 (Landesgrenze NRW/Niedersachsen bis Bielefeld), der A 430/B 1 (Ruhrschnellweg) sowie der A 52 (Essen-Gladbeck-Gelsenkirchen). Ein Schwerpunkt wird auch der Bau von Ortsumgehungen sein müssen.

Wir wollen den qualitativen Ausbau des vorhandenen Straßennetzes, weil nur so wirklich Verbesserungen für Verkehrsberuhigung, Umweltschutz und Verkehrssicherheit zu erreichen sind. Moderne Straßen sichern Menschenleben. Fließender Verkehr hilft der Natur. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den öffentlichen Personennahverkehr attraktiver und leistungsfähiger gestalten. So können die Innenstädte und ihre Bewohner stärker vor Lärm und Abgasen geschützt werden. Die menschengerechte Stadt ist unser Ziel, aber um in die Städte zu kommen, werden wir auch im neuen Jahrtausend Autobahn und Flugzeug brauchen.

Für Nordrhein-Westfalen ist der weitere Ausbau des Verkehrswegenetzes der Deutschen Bundesbahn von unverzichtbarer Bedeutung. Im Rahmen eines europäischen Verkehrskonzeptes muß durch Neu- und Umbau ein Streckennetz geschaffen werden, das den Erfordernissen der Zukunft Rechnung trägt. Dazu gehört auch der Hochgeschwindigkeitsverkehr mit dem ICE und das europäische Schnellbahnprojekt.

Auch Flughäfen sind für eine moderne Infrastruktur unverzichtbar, denn um sie herum siedeln vorzugsweise die neuen Industrien. Seit mehr als 20 Jahren ist die SPD beim bedarfsgerechten Ausbau der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn nicht vorangekommen. Wenn Nordrhein-Westfalen nicht den Anschluß an die internationale Luftverkehrsentwicklung hält, wird dies schwerwiegende Folgen für seine wirtschaftliche Entwicklung haben.

Entscheidende Voraussetzung für die Bewältigung des zunehmenden Flugverkehrs ist die bessere verkehrsmäßige Anbindung der Flughäfen in Nordrhein-Westfalen durch Bahn- bzw. Schnellbahn-Anschlüsse. Ein wichtiger Beitrag dazu ist die Verbindung der Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn durch die Magnetschwebebahn Transrapid. Der Ausbau der Anwendungsstrecke für den Transrapid muß den Interessen der Anwohner angepaßt sein und städtebaulichen Bedingungen sowie ökologischen Erfordernissen Rechnung tragen.

Den Menschen ein Zuhause geben

Genügend Wohnraum zu bezahlbaren Preisen und die Förderung des Eigenheimbaues sind die Ziele einer CDU-geführten Landesregierung. Eine CDU-geführte Landesregierung wird den sozialen Wohnungsbau wieder verstärkt fördern. Wir brauchen mehr guten und ausreichenden Wohnraum gerade auch für Familien mit Kindern und geringerem Einkommen. Daneben werden wir im Gegensatz zu der SPD-Landesregierung den Eigenheimbau stärker unterstützen. Eine breite Streuung des Wohnungseigentums stärkt persönliche Freiheit und schafft zusätzliche Sicherheit.

Der Wohnraumbedarf in NRW ist das Ergebnis der zunehmenden Ansprüche des einzelnen an Qualität und Größe seiner Wohnung, der zunehmenden Zahl von Aus- und Übersiedlern und nicht zuletzt der seit Jahren zurückgefahrenen Wohnungsbauförderung durch die Landesregierung. Statt der geplanten 62.500 Wohnungen wurde in den Jahren von 1986 bis 1988 lediglich der Bau von 44.600 Wohnungen vom Lande gefördert.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat für die kommenden Jahre insgesamt 13 Mrd. DM zusätzlicher Mittel für den Wohnungsbau entweder in Form direkter Zuschüsse oder als Steuervergünstigung zur Verfügung gestellt. Eine CDU-geführte Landesregierung wird diese Bundesmittel unverzüglich an Bauwillige weitergeben und mit weiteren Landesmitteln aufstocken. Dabei wird sie auch den Weg der 'vereinbarten Förderung' beschreiten, damit durch diese Mittel mehr Wohnungen als bisher gebaut werden können.

In einem Sofortprogramm zur Beschleunigung des Wohnungsbaus wird eine CDU-geführte Landesregierung das Bauordnungsrecht überarbeiten und von unnötigen bürokratischen Vorschriften befreien.

Wir werden das Genehmigungsverfahren zum Erstellen von Bebauungsplänen u.a. dadurch beschleunigen, daß wir die Zahl der zu beteiligenden Träger der öffentlichen Belange verringern und ihnen die Fristen für ihre Stellungnahme verkürzen.

Wir werden in Zusammenarbeit mit den Kommunen darauf hinwirken, daß ausreichendes Bauland ausgewiesen und die notwendigen Erschließungsmaßnahmen an Grundstücken zügig vorangebracht werden.

Nicht auf Kosten unserer Kinder leben

Unser Land ist schwer verschuldet. Rau hat in seiner Regierungszeit die Schulden von 22 Milliarden DM auf über 100 Milliarden DM vervielfacht. Die Zinsen sind von 1,5 Milliarden DM auf über 7 Milliarden DM gestiegen. Damit haben Rau und die SPD künftigen Generationen kaum tragbare Lasten aufgeburdet.

Ohne die großzügigen Bonner Hilfen, ohne die zusätzlichen Einnahmen durch die hervorragende wirtschaftliche Entwicklung, die Ergebnis der Bonner Finanz- und Wirtschaftspolitik ist, wäre unser Land längst zur finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit verurteilt. Schon heute sind die Zinslasten für den Landeshaushalt erheblich höher als die Ausgaben, die die Landesregierung bisher für die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung unseres Landes zur Verfügung stellt.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird einen gründlichen Kassensturz vornehmen und für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik mit deutlichen Schwerpunkten sorgen.

Ziel der CDU-Finanzpolitik wird es sein, in einem mehrjährigen Programm die Neuverschuldung drastisch zurückzufahren. Dieses Ziel ist zu erreichen durch strenge Ausgabendisziplin und Schaffung eines wirtschafts- und investitionsfreundlichen Klimas.

Die Investitionsbank ist entsprechend den Forderungen des Kreditgewerbes und der übrigen Wirtschaft als selbständige Staatsbank aus dem Bereich der Westdeutschen Landesbank auszugliedern. In diesem Zusammenhang muß sich das Land von Kapitalanteilen an der Westdeutschen Landesbank trennen. Diese sollen den Sparkassen zum Verkauf angeboten werden. Die zu erwartenden Einnahmen sind zur Strukturverbesserung insgesamt einzusetzen. Eine 25 %ige Landesbeteiligung an der WestLB ist ausreichend.

Im Bereich der landesspezifischen Steuerpolitik werden wir dafür sorgen, daß durch eine geringere Nivellierung der Gewerbesteuerhebesätze das Eigeninteresse der Kommunen an gewerblichen Ansiedlungen gestärkt wird. Es muß auch Schluß damit sein, daß das Land Nordrhein-Westfalen immer wieder die Finanzzuweisungen an die Gemeinden kürzt und damit die Gemeinden zwingt, immer mehr die Gewerbesteuer anzuheben. Dies läuft unserer Politik der Steuersenkung zuwider.

Die Finanzbeziehungen zwischen dem Land, den Landschaftsverbänden, den Kreisen, den Städten und Gemeinden müssen auf eine verlässliche langfristige Basis gestellt werden, die die Autonomie der Kommunen stärkt und auch dem ländlichen Bereich gerecht wird.

**Wir haben die Erde
nur von unseren Kindern geliehen**

Schöpfung bewahren ist die Überlebensaufgabe der Menschheit. Unserer Verantwortung für die Schöpfung werden wir nur gerecht, wenn wir Natur und Umwelt schützen, gestalten und nutzen. Die Natur ist nicht der Steinbruch unseres Wohlstandes, sondern Geschenk Gottes an alle Menschen, an die lebenden und die noch nicht lebenden. Unsere Verantwortung fordert weltweite Solidarität und beginnt bei uns zu Hause.

Der Schutz der Natur ist in Nordrhein-Westfalen besonders dringlich, weil die starke industrielle Entwicklung in unseren Regionen, die hohe Bevölkerungsdichte und viele menschliche Eingriffe in die Natur den natürlichen Lebensgrundlagen schaden und sie gefährden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat mit der Großfeuerungsanlagenverordnung, der TA Luft, der Einführung des Katalysators, den Schutz unseres Wassers und unserer Meere, z.B. mit der Beendigung der Dünnsäureverklappung, entscheidende Schritte für den Umweltschutz getan.

Trotz dieser fortschrittlichen Umweltgesetzgebung des Bundes hat sich der den Landesregierungen obliegende Vollzug des Umwelt- und Naturschutzes in NRW nicht hinreichend verbessert. Bei der Umsetzung zahlreicher neuer gesetzlicher Vorgaben gibt es in allen Bereichen große Landesdefizite. Es mangelt an der nötigen Harmonisierung zwischen Staat und Gesellschaft, was sich besonders negativ auswirkt, weil der größte Teil der Umweltschutzmaßnahmen nicht durch die öffentliche Hand selbst durchgeführt werden muß, sondern von privater Seite, von Wirtschaft und Industrie zu leisten ist.

Die ökologische und Soziale Marktwirtschaft wird Ökologie und Ökonomie am besten versöhnen können, wenn das wirtschaftliche Eigeninteresse für mehr Umweltschutz geweckt wird. Das Verursacher- und Vorsorgeprinzip in allen Bereichen des Umweltschutzes bekommt man nicht mit Verboten, sondern nur mit zusätzlichen Leistungen und wirtschaftlichen Anreizen in den Griff.

Unser Leben – die Natur

Die Veränderung der natürlichen Lebensräume durch menschliche Eingriffe hat in den letzten Jahren die in Nordrhein-Westfalen beheimateten Tier- und Pflanzenarten bedrohlich vermindert. Viele Arten sind aufgrund hoher Siedlungsdichten und intensiver Nutzung der Landschaft u.a. durch Industrie und Landwirtschaft sowie durch einen hohen Flächenverbrauch verlorengegangen. Aufgabe von Natur- und Artenschutz muß es sein, Boden, Luft und Wasser für den Menschen und die Tier- und Pflanzenwelt in ihren Funktionen, ihrem Bestand und ihrem Zusammenwirken zu bewahren.

Das Artensterben in Nordrhein-Westfalen kann nur gestoppt werden, wenn die Naturschutzgebiete erweitert werden. Derzeit stehen nur 1,5 % der Landesfläche unter Naturschutz. Wir brauchen die Vernetzung von Naturschutzflächen durch ein regionen-übergreifendes Biotopverbundsystem, das aus flächen- und linienhaften Landschaftsteilen besteht.

Die CDU NRW wird das Landschaftsgesetz grundlegend novellieren, entbürokratisieren, vereinfachen und damit effektiver machen. Das Ziel der bisherigen Landesregierung, mit Hilfe des Landschaftsgesetzes innerhalb von 10 Jahren NRW mit Landschaftsplänen erfaßt und überplant zu haben, ist kläglich gescheitert. Wir brauchen Planungsfreiheit für die kommunale Landschaftsplanung statt flächendeckender, detaillierter Gängelung durch das Gesetz. Anstelle des hochtrabenden Ziels einer flächendeckenden Landschaftsplanung sollte eine konzentrierte und beschränkte Landschaftsplanung ermöglicht werden, um flächendeckenden Detailballast abwerfen zu können.

Wir wollen nicht gegen, sondern mit den Landwirten die Natur erhalten. Landwirtschaft muß Partner des Naturschutzes sein. Das setzt voraus, daß die Landwirtschaft einen Nachteilsausgleich erhält, wenn aufgrund gebietsbedingt erhöhter Umweltanforderungen den Bauern wirtschaftliche Nachteile entstehen. Die von jedem Landwirt einzuhaltenden Rechtsnormen des Umweltschutzes sind selbstverständlich entschädigungslos hinzunehmen. Wenn aber in Naturschutzgebieten aus Vorsorgegründen darüber hinausgehende, erhöhte Umweltanforderungen gestellt werden, so sind die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Nachteile zu entschädigen. Derartige Sonderopfer müssen den betroffenen Bauern ausgeglichen werden. Naturschutz darf nicht länger wirtschaftlich auf dem Rücken unserer Bauern ausgetragen werden. Eine CDU-geführte Landesregierung wird im Rahmen der Novellierung des Landschaftsgesetzes eine entsprechende Entschädigung gesetzlich gewährleisten.

Bei der Durchführung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist freiwilligen Vereinbarungen grundsätzlich Vorrang vor Geboten oder Verboten zu geben. Wo immer die Pflege und Gestaltung von Naturschutzgebieten, Biotopen oder sonstigen Maßnahmen erforderlich ist, sollten anstelle der öffentlichen Hand diese durch Land- und Forstwirte durchgeführt werden. Ihre Leistungen sind entsprechend zu honorieren. Wir wollen dazu in Nordrhein-Westfalen neue Formen der Entlohnung für landeskulturelle Leistungen durch Modellversuche mit Naturschutzgemeinschaften erproben.

Die Maßnahmen des Naturschutzes müssen soweit wie möglich mit dem Wasserschutz koordiniert werden. Beide Bereiche laufen in Nordrhein-Westfalen derzeit planlos nebeneinander her. Wo Naturschutzgebiete ausgewiesen sind, können häufig auch Wasserschutzgebiete geschaffen werden.

Vor allem sind die Gewässer und angrenzenden Landschaftsbereiche Bestandteile des Naturhaushaltes und somit ökologische Schwerpunkte. Gewässerausbauten und -veränderungen aus der Vergangenheit bedürfen häufig der Korrektur, um die Belange der Artenvielfalt und des Artenschutzes zu berücksichtigen. Dazu ist ein Förderprogramm "Ökologische Gewässerlandschaft NRW" erforderlich.

Wasser ist Leben

Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Jedes Leben braucht gesundes Wasser. Die gesetzlichen Vorschriften zum Schutz unseres Wassers sind durch den Bund mit dem neuen Wasserhaushaltsgesetz, dem novellierten Abwasserabgabengesetz, neuen Verwaltungsvorschriften und Rechtsverordnungen drastisch verschärft worden. Der größte Teil dieser gesetzlichen Vorgaben ist in NRW immer noch nicht verwirklicht. Wir werden zum Schutze unseres Gewässers endlich auch in Nordrhein-Westfalen das bestehende Recht anwenden.

Vielerorts fehlen in den kommunalen Kläranlagen die Phosphatfällung und Denitrifizierung unserer Abwässer. Ein erheblicher Teil der Grundwasserverunreinigungen resultiert aus defekten Teilen des bestehenden Abwassersystems. Überalterte und unzureichend bemessene Kanalisationsnetze müssen saniert und erweitert werden. Die Sanierung bestehender Kanalsysteme und die Modernisierung der Kläranlagen werden in den nächsten Jahren deshalb einen erheblichen Investitionsbedarf der Kommunen erfordern.

Angesichts der großen Bedeutung des Gewässerschutzes wird die CDU-geführte Landesregierung im Rahmen des "CDU-Sonderprogramms Umweltschutz" mit Hilfe der Strukturhilfemittel des Bundes ein Fünf-Jahres-Programm zur Verbesserung der Abwasserreinigung finanzieren und dabei durch differenzierte Zuschußgewährung den besonderen Bedingungen des ländlichen Raumes Rechnung tragen.

Trotz verschärfter bundesgesetzlicher Vorgaben wird der Schutz unseres Trinkwassers in NRW vernachlässigt. Das Trinkwasser, z.B. für weite Teile des Ruhrgebietes, ist dadurch gefährdet. In NRW leben über 27 % der Einwohner der Bundesrepublik; aber nur 3,6 % der bundesweit festgesetzten Wasserschutzgebiete und nur 22 % der Schutzflächen befinden sich in NRW. Eine CDU-geführte Landesregierung wird Anzahl und Flächen der Wasserschutzgebiete bedarfsgerecht ausweiten.

Landwirtschaftliche Betriebe in Wasserschutzgebieten dürfen nicht schlechter gestellt werden als Betriebe an normalen Standorten. Wirtschaftliche Nachteile müssen den betroffenen Landwirten erstattet werden. Zur Entschädigung der Landwirtschaft werden wir einen Wasserpfennig erheben. Damit sollen die Verbraucher zugleich zur größtmöglichen Schonung der Ressource Wasser angehalten werden, insbesondere um den Verbrauch des besonders schutzwürdigen Grundwassers auf das Notwendige zu beschränken.

Weg von der Wegwerfgesellschaft

In Nordrhein-Westfalen herrscht ein weitgehender Entsorgungsnotstand. Überall wachsen die Müllberge. Standorte für Deponien und Verbrennungsanlagen fehlen. Die Zukunft des Industrielandes Nordrhein-Westfalen hängt aber entscheidend von der Bewältigung der Umwelt- und Abfallprobleme ab.

Bereits 1970 versprach die SPD-Landesregierung ein Gesamtkonzept für die Abfallentsorgung in unserem Land. Bis heute liegt nichts vor, was auch nur annähernd diesem Anspruch gerecht wird. Für 4 von 5 Regierungsbezirken in NRW gibt es keine planerischen Vorgaben für die Sonderabfallentsorgung.

Eine CDU geführte Landesregierung wird den Bund bei seinen Bemühungen zur Vermeidung und Verwertung der Abfälle unterstützen. Aber auch das Land muß seine Handlungsmöglichkeiten ausschöpfen. Die Immissionsschutz- und Abfallbehörden müssen gemeinsam mit der Wirtschaft, notfalls aber auch mit allen rechtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln die Möglichkeiten der Abfallvermeidung in der Produktion prüfen und durchsetzen. Aber auch für die Wiederverwertung bestehen noch viele Möglichkeiten: Von der Kompostierung der Grünabfälle aus Parks, Gärten und Friedhöfen über vielfältige Erfassungssysteme bis hin zur getrennten Sammlung von Wert- und Problemstoffen im Haushalt. Die Wiederverwertung muß auch durch Rücknahmeverpflichtungen der Industrie unterstützt werden.

Abfallvermeidung und Abfallverwertung haben absoluten Vorrang, aber es bleiben unvermeidbare und unverwertbare Abfälle, die es umweltverträglich zu entsorgen gilt. NRW darf nicht zum Abfallexportland werden. Die Entsorgung ist in ihrer Vielfalt soweit wie möglich privatwirtschaftlich zu organisieren, wobei aber der Staat die privatwirtschaftliche Tätigkeit kontrollieren muß.

Das Industrieland Nordrhein-Westfalen braucht Deponien und Anlagen zur chemisch-physikalischen und zur thermischen Behandlung von Abfällen; sie sind für den Schutz der Umwelt erforderlich, müssen dem höchsten Stand der Technik entsprechen und der technischen Entwicklung laufend angepaßt werden.

Die Klärschlammensorgung wird in NRW zunehmend zu einem Problem, wenn es nicht gelingt, die Schadstoffe daraus fernzuhalten. Durch die Verbesserung der Abwasserreinigung wird dieses Problem noch verschärft. Wir müssen den Klärschlamm von Schadstoffen soweit wie möglich freihalten, um ihn auch in Zukunft landwirtschaftlich verwerten und in den ökologischen Kreislauf zurückführen zu können. Darüber hinaus müssen auch technische Möglichkeiten zur Klärschlammensorgung genutzt werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird mit dem ersten Landshaushalt ein Sonderprogramm Umweltschutz aus den Strukturhilfemitteln des Bundes auflegen. Mit diesem Geld des Bundes wollen wir vor allem Maßnahmen der Natur- und Landschaftspflege, des Gewässerschutzes und der Abwasserreinigung, des naturnahen Wasserausbau und der Gewässerunterhaltung, der Abfallentsorgung, der Ortsumgehungen und des Lärmschutzes, des öffentlichen Personennahverkehrs sowie der Umweltforschung und -entwicklung finanzieren.

Chancen für die Landwirtschaft

Die Hälfte aller Einwohner Nordrhein-Westfalens lebt und arbeitet im ländlichen Raum. Nordrhein-Westfalen kann den Spitzenplatz unter den Bundesländern nur dann wieder erreichen, wenn alle Regionen unseres Landes – ländlicher Raum und Ballungsräume – durch eine vorausschauende wirkungsvolle Landespolitik in die Lage versetzt werden, künftigen Anforderungen bzw. Herausforderungen gewachsen zu sein. Nur als Ganzes und als Einheit kann Nordrhein-Westfalen die führende Stellung unter den Bundesländern wiedergewinnen. Dazu ist eine auf die Zukunft ausgerichtete, nach Regionen differenzierte Politik für den ländlichen Raum unerlässlich.

Dabei mißt die CDU Nordrhein-Westfalen der Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert zu. In Nordrhein-Westfalen werden 80 % der Landesfläche land- und fortwirtschaftlich genutzt.

Die Land- und Forstwirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zur Erhaltung unserer schönen Landschaft, zur Kultur des Dorfes und zur Infrastruktur des ländlichen Raumes geleistet.

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich bereits seit vielen Jahren für eine Verbesserung der langfristigen Rahmenbedingungen der Landwirtschaft ein. Im Vordergrund steht die Bemühung, ein Marktgleichgewicht auf den wichtigsten Agrarmärkten herzustellen. Den Abbau von Überschüssen durch ständige Preissenkungen lehnen wir ab. Eine CDU-Landesregierung unterstützt die Bundesregierung auf ihrem erfolgreichen Weg, durch Marktentlastung in der Europäischen Gemeinschaft die Preise zu stabilisieren und einer bäuerlich geprägten Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive zu geben.

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich nachhaltig dafür ein, daß Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft abgebaut werden und erwartet, daß im Rahmen der Einführung des Europäischen Binnenmarktes Auflagen und Gesetze in Europa harmonisiert werden.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß die Marktposition der nordrhein-westfälischen Landwirtschaft vor den Toren des größten Verbrauchermarktes in Europa erhalten und ausgebaut wird.

Die CDU setzt sich vorrangig dafür ein, daß eine an den Grundsätzen des integrierten Landbaus orientierte Landbewirtschaftung in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft landesweit realisiert wird. Das bedeutet: Düngung nach Bedarf und Pflanzenschutzmitteleinsatz nach dem Schadschwellenprinzip. Eine CDU-geführte Landesregierung wird gemeinsam mit den Landwirtschaftskammern die Landwirte bei der Umstellung ihrer Betriebe praxisgerecht unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, daß der Landwirtschaft neue Produktionsalternativen durch Förderung des Anbaus und der Vermarktung neuer Produkte vor allem zur Rohstoff- und Energieerzeugung eröffnet werden. Hieraus ergeben sich für den ländlichen Raum neue Chancen, die Weiterverarbeitung im gewerblichen und industriellen Bereich mit neuen Arbeitsplätzen zu verbinden.

Die Aufgabe der Agrarsozialpolitik ist auch in Zukunft der Ausgleich sektoraler Nachteile, die sich aufgrund des Strukturwandels ergeben. Daher müssen weiterhin "die alte Last" in der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und die erhöhten Kosten in der landwirtschaftlichen Krankenkasse und Alterskasse durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen werden. Eine CDU-Landesregierung wird sich auf allen Ebenen für eine Entbürokratisierung der Agrarpolitik auch der bereits beschlossenen Gesetze und Verordnungen einsetzen, um die landwirtschaftlichen Betriebe von unnötigem bürokratischen Ballast zu befreien.

Die notwendigen Fördermaßnahmen für den ländlichen Raum und seine Bewohner, wie Abwasserbeseitigung, Flurbereinigung, Dorferneuerung, Mittelgebirgsprogramm, Junglandwirteprogramm, einzelbetriebliche Förderung u.a. werden wir durch Bereitstellen notwendiger Finanzmittel, auch im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, voll zur Verwirklichung unserer agrarpolitischen Ziele einsetzen.

Der Wald ist für unser Land von unschätzbarer ökologischer und ökonomischer Bedeutung. Für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen ist er der unersetzliche Lebensraum. Seine positiven Wirkungen auf Wasserhaushalt, Luftreinigung, Klima und Bodenschutz werden von keiner anderen Vegetationsform erreicht. Der Wald ist wichtigster Erholungsraum für die Bevölkerung. Er prägt in besonderer Weise das Landschaftsbild. In ökonomischer Hinsicht ist der Wald Einkommensquelle und Vermögensbestandteil für seine Besitzer. Er bietet vielen Menschen einen Arbeitsplatz und ist Lieferant für den ständig nachwachsenden Roh-, Bau- und Werkstoff Holz. Diese vielfältigen Funktionen des Waldes gewinnen in der heutigen Zeit eine zunehmende Bedeutung. Deshalb bedarf er einer besonders pfleglichen und verantwortungsbewußten Behandlung jedes einzelnen Bürgers unseres Landes.

Die Frauenpolitik voranbringen.

Frauen wollen heute echte Wahlfreiheit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Frauen wollen heute in allen Bereichen der Gesellschaft ihre Fähigkeiten einbringen. Frauen wollen heute mit den Männern wirkliche Partnerschaft leben.

Die von der Regierung Helmut Kohl auf Bundesebene eingeleitete erfolgreiche Frauenpolitik muß endlich auch in Nordrhein-Westfalen zum Zuge kommen. Wir werden durch ein Landesministerium für Frauenfragen die notwendigen administrativen Strukturen schaffen, um unser Konzept der selbstverständlichen Beteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Der von der SPD beschlossenen Quote setzen wir den Partnerschaftsgedanken entgegen. Wir wollen Familien- und Berufsplanung in den Verantwortungsbereich und die Wahlfreiheit der Partner legen.

Wir wollen die überkommene Festlegung von Mädchen und Jungen auf bestimmte Berufe überwinden und die Vielfalt der beruflichen Chancen für alle sichtbar machen. Dazu werden wir Eltern, Schulen und Betrieben die notwendigen Hilfen für eine differenzierte Berufswahlberatung geben.

Unsere Frauenförderkonzepte zielen auf gerechte Beschäftigungs- und Aufstiegschancen für Frauen. Dies gilt auch für Frauen, die nach einer Phase der Erziehungsarbeit erstmalig oder erneut erwerbstätig werden wollen.

Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz des Bundes wurde die Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben erheblich erleichtert, wurde die Teilzeitarbeit endlich der Vollzeitarbeit gleichgestellt. Dies ist vor allem Frauen zugute gekommen. Wir wollen die Wiedereinstellungsmöglichkeiten durch gezielte Fortbildungs- bzw. Wiedereingliederungsmaßnahmen weiter verbessern. Dazu gehören auch Modelle der Weiterbildung, die z.B. in Kooperation von Groß- und Kleinbetrieben vorgenommen werden können.

Der öffentliche Dienst wird unter unserer Führung vorbildliche Frauenförderung betreiben, die nicht zur pauschalen Zurückstellung männlicher Bewerber, sondern zu gerechter Förderung von Frauen - auch in Spitzenpositionen - führt.

Die Vereinbarkeit von Familienleben und außerhäuslicher Erwerbsarbeit für Frauen und Männer ist zentrale Aufgabe moderner Arbeitszeitpolitik. Dies ist in erster Linie Aufgabe der Tarifpartner. Aber auch hier hat auch der Öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion. Es muß gelingen, die Rahmenbedingungen für Familien- und Erwerbsarbeit so zu gestalten, daß eine partnerschaftliche Arbeits- und Aufgabenteilung von Frauen und Männern für Familie und Beruf ermöglicht werden kann. Wir brauchen Arbeitszeiten, die Rücksicht nehmen auf die Bedürfnisse der Familien.

Arbeitszeiten und die Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen müssen dringend so aufeinander abgestimmt werden, daß Mütter und Väter Familie und Beruf miteinander vereinbaren können, wenn sie es wollen. Wir werden bürokratische Hemmnisse beim Vollzug der gesetzlichen Regelungen abbauen.

**Unsere Zukunft hat Namen und Gesichter:
Kinder**

Familie ist die erste, wichtigste Lebensgemeinschaft des Menschen. Wie kein anderes Lebewesen braucht der Mensch seine Familie. Familien sind in guten wie in schlechten Tagen der Mittelpunkt, in dem der Mensch zu Hause ist. Werte wie Liebe, Natürlichkeit, Treue, Geborgenheit, Verzicht, Vorsorge für kommende Generationen sind gewachsen aus der Familienkultur und prägen die menschliche Gesellschaft.

Materielle Sicherheit für die Menschen ist eine wichtige Aufgabe von Wirtschaft und Politik. Aber die Wünsche und Sehnsüchte der Menschen reichen weiter. Sie verlangen nach Mitmenschlichkeit, nach einer neuen Kultur der Nachbarschaft. Rückbesinnung auf Familie, auf den Lebenswert der kleinen Gemeinschaft, gibt einer Kultur der Nachbarschaft neue Chancen. Davon haben die Sozialisten wenig begriffen, denn sie konzentrieren sich noch immer auf einen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit.

Der Mensch kann heute mehr als je zuvor. Der Mensch, gebildet nach den Wünschen des Menschen, ist keine Utopie mehr. Wir stehen vor der Alternative, soll der Mensch entstehen aus der Zuwendung von Mann und Frau oder aus technokratisch perfekter Planung. Wer den Menschen am Lebensanfang manipulieren will, wird auch in seine Persönlichkeitsstruktur eingreifen und über sein Lebensende verfügen wollen. Die Freiheit ist nur zu bewahren, wenn zwischen Können und Dürfen eine Distanz aufgebaut wird. Es muß Werte geben, die der Mensch nicht beliebig festlegen darf. Der Damm gegen jede Manipulation des Menschen kann nur halten, wenn die Verfügung über das Leben dem Menschen prinzipiell entzogen wird. Die Entfaltung des Lebens vollzieht sich in der Familie. Die Familie ist ein natürlicher Damm zum Schutz jeden Lebens, des geborenen und des ungeborenen.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Für unsere Gesellschaft ist die Arbeit in der Familie unverzichtbar. Sie anzuerkennen und zu fördern ist Gebot sozialer Gerechtigkeit und menschlicher Solidarität.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik gerückt. Sie würdigt die Arbeit in der Familie nicht nur mit Worten, sondern mit konkreten Taten:

- Erstmals wurde Erziehungsleistung durch ein Erziehungsgeld anerkannt.
- Erstmals können wahlweise Mütter oder Väter einen Erziehungsurlaub nehmen.
- Erstmals zählt Kindererziehung für die Rente. Bis heute haben über sechs Millionen Mütter eine rentensteigernde bzw. rentenbegünstigende Anerkennung ihrer Erziehungsleistung erhalten. Die CDU hat damit begonnen, ein hundert Jahre währendes Unrecht an den Müttern zu beenden.

Insgesamt 18 Mrd. DM mehr stehen in diesem Jahr für familienpolitische Leistungen und Maßnahmen zur Verfügung als 1985.

Die SPD-geführte Landesregierung dagegen betreibt eine lieblose Familienpolitik. Bei ihr rangieren die Familien unter ferner lieben". In NRW gibt es bisher im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Stiftung Mutter und Kind. In NRW wird bisher kein landeseigenes Erziehungsgeld gewährt. In NRW fehlen über 100.000 Kindergartenplätze.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird als Ergänzung zum Bundeserziehungsgeld ein Landeserziehungsgeld in Höhe von monatlich 600,-- DM für ein halbes Jahr einführen. Dann können Mütter oder Väter ab dem ersten Juli 1990 bis zu 24 Monate sich ausschließlich der Kindererziehung widmen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird nach dem Vorbild des Bundes eine Landesstiftung "Mutter und Kind, Schutz des ungeborenen Lebens" in NRW einrichten. Damit werden wir Voraussetzungen schaffen, daß Frauen in Konfliktsituationen wirksam geholfen werden kann. Wir werden die einheitliche Förderung der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in NRW sicherstellen, wenn sie zugunsten des Lebens beraten, über Hilfen informieren und diese vermitteln. Mit diesen Hilfen, der weiteren Verbesserung der familienpolitischen Rahmenbedingungen und durch Bewußtseinsänderung wollen wir auch den Schutz des ungeborenen Kindes verbessern. Das menschliche Leben ist Geschenk Gottes, das wir dankbar annehmen, schützen und mit all unseren Kräften fördern wollen.

Wir streben an, schrittweise die Zahl der Kindergartenplätze zu erhöhen und werden dafür die notwendigen Investitionsmittel zur Verfügung stellen. Unser Ziel ist es, daß jedes Kind einen geeigneten Kindergartenplatz - ggf. auch in einem Betriebskindergarten - erhält. Darüber hinaus wollen wir das Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren und Schulkinder ausweiten und in eine gesetzliche Regelung mit einbeziehen.

Das Alter in die Mitte des Lebens zurückholen

Nie zuvor waren Ältere so gesund, so selbständige und so kompetent wie heute. Deshalb müssen Selbständigkeit, Mitsprache und Mitwirkung der Älteren in unserem Land neuen Raum finden. Die älteren Menschen sind keine Randgruppe unserer Gesellschaft. Sie gehören in unsere Mitte.

Ihre Erfahrung, ihr Können, ihre Kreativität nutzen uns allen. Eine familiäre Gesellschaft baut auf die Solidarität der Generationen. Sie holt das Alter in die Mitte des Lebens zurück.

Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit der Rentenreform den Generationenvertrag gesichert. Unsere älteren Mitbürger können sich darauf verlassen, daß ihre Renten sicher sind. Durch die Rentenreform wird erstmals auch nicht erwerbstätig Pflegepersonen die Möglichkeit gegeben, durch Beitragszahlungen einen Anspruch auf Rente wegen verhinderter Erwerbstätigkeit zu erwerben.

Mit der Gesundheitsreform hat Norbert Blüm dafür Sorge getragen, daß erstmals ein Anspruch auf häusliche Pflegehilfe für Schwerpflegebedürftige in der gesetzlichen Krankenversicherung verankert wurde. Die Hälfte des ersparten Geldes (ca. 6 Mrd. DM) kommt der häuslichen Pflegehilfe entweder durch Finanzierung einer Ersatzkraft oder Zahlung eines Pflegegeldes ab 1.1.1991 zugute.

Die SPD-geführte Landesregierung hat die Mittel für Alten- und Pflegeheime von 1980 bis 1989 mehr als halbiert. Seit mehr als 10 Jahren hält die SPD eine Fachkraft in den Sozialstationen für 5.000 Einwohner für ausreichend. Tages- und Kurzzeitpflegeplätze gibt es in NRW so gut wie überhaupt nicht. Für 564.000 Menschen über 80 Jahre stehen in NRW ganze 210 Tagespflegeplätze zur Verfügung.

Wir wollen die älteren Menschen zu politischer Mitwirkung auf allen Ebenen motivieren. Viele Möglichkeiten ergeben sich dabei in der Kommunalpolitik. Bei der Stadtplanung, der Wohnungsbaupolitik, dem Kultur- und Sportangebot und vielen anderen Dingen ist die Mitwirkung der Älteren ebenso unverzichtbar wie in der Altenhilfe und der Sozialpolitik. Darüber hinaus zeigen Wissensläden, Seniorenexpertendienste, Altenwerkstätten und Selbsthilfeorganisationen Älteren die vielfältigen Chancen auf, auch im Alter sinnvolle Tätigkeiten mit der Hilfe für andere Menschen zu verbinden, mit Menschen anderer Generationen in Kontakt zu kommen.

Wir wollen verstärkt den Bau seniorengerechter Wohnungen in NRW aufnehmen und fördern. Wohnungen für Ältere dürfen nicht mehr auf der grünen Wiese als Alten-Getto geplant und gebaut werden, sondern sie gehören mitten in unsere Städte und Dörfer. Besonders wichtig sind integrierte Angebote, die einen Wohnungswechsel auch bei Schwerpflegebedürftigkeit erübrigen.

Die CDU wird ein "Notprogramm Altenpflege" durchsetzen, das vor allem folgende Punkte enthält:

1. Drastischer Ausbau der Tages- und Kurzzeitpflege;
2. Abbau des enormen Antragstaus für stationäre Tagespflegeplätze;
3. Verbesserung der Personalsituation in den Sozialstationen auf 1:2.500.

Ein Meilenstein bei der Unterstützung pflegender Angehöriger wird ein Landesprogramm "Rente für Pflege" sein. Wer einen Schwerpflegebedürftigen zu Hause pflegt und deshalb einer Erwerbstätigkeit nicht nachgehen kann, soll wenigstens im Alter eine gute Rente haben. Wir wollen deshalb direkte Einzahlung von Rentenbeiträgen durch das Land für diejenigen, die die Schwerpflegebedürftigen zu Hause versorgen.

Zur Verminderung des drohenden Pflegenotstandes in den Pflegeberufen ist es notwendig, verstärkt auf Männer und Frauen in der Lebensmitte zuzugehen, die nach einer neuen beruflichen Tätigkeit Ausschau halten. Wir wollen ihnen verstärkt Qualifizierung und Weiterbildung anbieten. Die CDU fordert im pflegerischen Bereich eine grundlegende Verbesserung des Berufsbildes "Altenpflegerinnen/Altenpfleger".

Eine unverzichtbare Ergänzung der professionellen sozialen Dienste ist die freiwillige ehrenamtliche Hilfe. Der Bedarf an ehrenamtlichen Helfern wächst ebenso wie der an hauptamtlichen Helfern. Die Ermutigung und kostenlose Fortbildung ehrenamtlicher Helfer gehören deshalb für uns zu einer Sozialpolitik mit menschlichem Gesicht.

Viele alte Menschen werden bei Pflegebedürftigkeit schnell zu Sozialhilfeempfängern. Durch die hohen Kosten insbesondere der Heimpflege zerrinnt oft in kurzer Zeit die gesamte Ersparnis eines langen Arbeitslebens. Auf der anderen Seite klagen die Städte und Kreise über die explosionsartige Zunahme der pflegebedingten Sozialhilfeausgaben. Wir wollen, daß Nordrhein-Westfalen endlich dem Vorbild anderer Bundesländer folgt und ein Landespflegegeld einführt. Je nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit - aber unabhängig von der im Einzelfall gewählten Wohn- und Betreuungsform - soll das Land dem Pflegebedürftigen finanzielle Hilfen gewähren, die in der Regel von der Sozialhilfe unabhängig machen.

Schule für Kinder

Die sozialdemokratische Schul- und Bildungspolitik in NRW folgt leider noch immer sozialistischen Einheitsmodellen. Die SPD hat Abschied genommen von unserem bewährten gegliederten Schulwesen, das jedem Kind entsprechend seiner Neigung und Begabung Chancen gewährt. Sie bevorzugt die Gesamtschule als Einheitsschule. Das Aushungern der Hauptschule, mangelnde Lehrerversorgung und laufender Unterrichtsausfall kennzeichnen die sozialistische Schulpolitik der SPD in NRW.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird die Zukunftschancen unserer Kinder nicht länger aufs Spiel setzen und dafür sorgen, daß es in Nordrhein-Westfalen wieder ein kindgerechtes, leistungsfähiges, zukunftsorientiertes Bildungssystem gibt. Dazu wollen wir ein neues Bündnis mit Eltern, Kindern und Lehrern schließen. Wir müssen die Ideologisierung des Unterrichts und die Vermassung der Bildung auf niedrigem Niveau stoppen.

Wir wollen eine kindgerechte Schule, in der die unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten bestmöglich gefördert werden. Denn jedes Kind hat nur einmal die Chance einer guten schulischen Bildung. Von ihrer Qualität und Leistungsfähigkeit hängt entscheidend der persönliche und berufliche Weg der jungen Generation ab.

Kinder suchen Orientierung, brauchen Wegmarken und Haltepunkte in einer sich schnell wandelnden Welt. Daher wollen wir die erzieherische Kraft der Schule stärken. Die Erziehung zu Selbständigkeit und Verantwortung muß im Mittelpunkt stehen. Dazu brauchen wir ein Erziehungsbündnis zwischen Eltern und Lehrern.

Kinder brauchen Maßstäbe, um sich in einer Welt zurecht zu finden, in der fast alles machbar scheint, denn nicht alles, was machbar ist, ist auch erlaubt. Wir wollen eine wertorientierte Erziehung. Der Religionsunterricht ist für uns unverzichtbarer Bestandteil einer wertorientierten Erziehung, die sich an den Erziehungszielen unserer Landesverfassung orientiert. Wir werden sicherstellen, daß Richtlinien, Lehrpläne und Schulbücher die Grundlagen unserer freiheitlichen, demokratischen Staatsordnung vermitteln. Dazu gehört ein solides Geschichtsbewußtsein ebenso wie eine fundierte staatsbürgerliche Bildung.

Kinder brauchen solide Kenntnisse, um ihre Zukunft meistern zu können. Daher wollen wir eine gute und breite Allgemeinbildung wieder in den Mittelpunkt der Schule stellen. Unsere Kinder müssen ihre Muttersprache sicher beherrschen und die Dichter und Denker ihres Volkes kennen. In einem zusammenwachsenden Europa brauchen sie außerdem solide Fremdsprachenkenntnisse und eine Erziehung zur Weltoffenheit.

Zu einer breiten und fundierten Allgemeinbildung gehören selbstverständlich eine gute mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung ebenso wie musisch-künstlerische Bildung und der Sport als einziges Fach, das den Körper frühzeitig formt und bildet und auch das natürliche Leistungsgefühl stimuliert.

Kinder wollen etwas leisten. Sie freuen sich über Erfolge, suchen den Wettbewerb mit anderen. In jedem Kind liegt eine Fülle von Talenten, die gefördert und gefordert werden wollen.

Jedes Kind hat ein Recht darauf, daß seine Begabungen und Leistungsmöglichkeiten unterstützt und entwickelt werden. Dies gilt für besonders begabte ebenso wie für diejenigen, die langsamer lernen, für theoretisch begabte ebenso wie für diejenigen, die mehr praktisch begabt sind und anschaulichen Unterricht bevorzugen.

Wir werden Qualität und Leistung in der Schule stärken. Deshalb halten wir an einer Leistungsbewertung fest, die sich sowohl am Leistungsvermögen des einzelnen Kindes als auch an gemeinsamen und objektiven Kriterien ausrichtet. Damit das Abitur in Nord und Süd vergleichbar wird, werden wir ein landesweites Zentral-Abitur einführen.

Die Begabungen und Fähigkeiten unserer Kinder sind unterschiedlich. Kaum ein Mensch ist wie der andere. Schulische Erziehung und Bildung müssen das Individuum in seiner Einzigartigkeit annehmen.

Nur mit der CDU NRW kommt das gegliederte Schulwesen wieder voran. Nur ein vielfältig gegliedertes Schulwesen ermöglicht die bestmögliche Entwicklung des einzelnen und sichert Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Bildungsgängen.

Die SPD will Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Sonderschulen abschaffen. Die Einheitsschule für alle Kinder ist ihr Ziel: Grundschule, Gesamtschule, Kollegschiule. Deshalb müssen Schulen sterben, deshalb wird die Gesamtschule besser mit Lehrern versorgt, deshalb weicht die SPD die Profile der einzelnen Schulformen auf. Das Ziel der SPD: Sozialistische Einheitsschule statt Schul-Vielfalt.

Wir werden der Tradition der einzelnen Schulformen wieder folgen. Daher werden wir

- die Richtlinien und Lehrpläne überarbeiten,
- die Schulabschlüsse so regeln, daß jede Schulform ihren eigenen Abschluß vergeben kann,
- die Information und Beratung der Eltern beim Übergang von der Grundschule verbessern und klare Empfehlungen für Hauptschule, Realschule oder Gymnasium auf der Grundlage objektiver Kriterien einführen.

Wir werden auch bei der Gesamtschule die Maßstäbe von Qualität und Leistung anlegen. Wir werden nicht zulassen, daß Gesamtschulen nur Ersatz-Hauptschulen sind. Deshalb lehnen wir Gesamtschulen ab, bei denen nicht Kinder jeden Leistungsniveaus gleichmäßig vertreten sind. Wir werden

- fairen Wettbewerb schaffen und die Privilegien der Gesamtschule abschaffen,
- gleiches Recht für alle Eltern schaffen und das heutige Zwei-Klassen-Elternrecht, das die Gesamtschule bevorzugt, beseitigen,
- keine neuen Gesamtschulen zulassen, wenn dadurch vorhandene leistungsfähige Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien zerstört werden,
- Gesamtschulen, die nur Ersatz-Hauptschulen sind, auch ehrlich so bezeichnen,
- das Privileg der Gesamtschulen bei Ganztagsplätzen beseitigen und an allen Schulformen anbieten, wo Eltern dies wünschen und es realisierbar ist.

Kinder, die anschaulich-konkret lernen, sind anders begabt. Sie haben das gleiche Recht auf die bestmögliche Förderung wie diejenigen, die theoretisch begabt sind. Die Hauptschule kann diese Kinder am besten in ihren besonderen Fähigkeiten und Leistungsmöglichkeiten fördern und fordern. Die SPD läßt die Hauptschule im Stich, ihr eigenes Profil wird aufgeweicht, der Hauptschulabschluß kann auch von anderen Schulformen vergeben werden. Kinder, die anschaulich-konkret lernen, haben bei der SPD keine Lobby.

Wir wollen die Hauptschule wieder stark machen. Und ihr das eigene Profil zurückgeben. Dazu werden wir

- den Erwerb des Hauptschulabschlusses nur an der Hauptschule zulassen,
- den Weg von der Hauptschule in die Berufsausbildung oder in die beruflichen Schulen attraktiver machen,
- Hauptschülern die Wahlfreiheit geben, mit dem Abschluß der Klasse 9 eine Berufsausbildung zu beginnen und nach deren erfolgreicher Beendigung die Fachoberschul-Reife zu erwerben (Modell 9 plus 3).

Nur kleine Klassen helfen auch dem verkannten Talent. Nur kleine Klassen bilden gründlich. Deshalb muß es auch bei der Schule im Dorf, im Stadtteil, in der Gemeinde bleiben. Lieber kleine Schulen als keine Schulen! Denn: Die kindgerechte Schule ist – besonders für Kinder in jungen Jahren – die Schule in der Nachbarschaft.

450 Schulen hat die SPD in den letzten 10 Jahren sterben lassen. Weil sie an einem bildungsnivellierenden Schulrecht festhält und hemmungslos die Gesamtschule durchsetzt.

Wir werden kleine Schulen leben und Bildungsqualität wieder aufleben lassen. Deshalb werden wir

- das ideologisierte Schulrecht ändern, damit einzügige Hauptschulen und Realschulen fortgeführt werden können,
- unseren Gemeinden einen größeren Freiraum für flexible Lösungen geben, die dem örtlichen Bedarf angepaßt sind,
- Schulen wieder eröffnen, die dem SPD-Schulsterben zum Opfer gefallen sind - unter der Voraussetzung, daß das Bedürfnis der Eltern und Kinder dafür besteht, keine andere Schule gefährdet wird und der Schulträger diesen Wunsch mitträgt.

Kinder haben Anspruch auf gute Bildung. Denn davon hängt ihre Zukunft ab. Die Bilanz der SPD-Rotstift-Politik: Skandalöser Unterrichtsausfall. Jede Woche fallen 300.000 Stunden aus. 1990 werden es 360.000 sein. Bei der Lehrerversorgung ist NRW das Schlußlicht im Vergleich mit den anderen Ländern.

3.000 neue Lehrer werden wir 1990 einstellen. Jede Lehrerstelle, die frei wird, wird neu besetzt. Wir werden das Geld, das das Land durch die Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs spart, für den Unterricht unserer Kinder verwenden.

Behinderte Kinder haben das gleiche Recht auf bestmögliche Förderung wie nicht behinderte. In jedem Einzelfall muß sorgfältig entschieden werden, ob dies eher in einer Sonderschule oder in einer allgemeinen Schule geschehen kann. Für viele behinderte Kinder wird auch zukünftig die Sonderschule die beste Schule sein. Daher wollen wir die Sonderschulen bei ihrer unverzichtbaren Arbeit unterstützen. Sie brauchen eine verbesserte Lehrerversorgung und medizinisch-therapeutische Betreuung.

Junge Menschen wollen in die Berufs- und Arbeitswelt einsteigen und dort Verantwortung übernehmen. Deshalb werden wir das bewährte duale System von Betrieb und Berufsschule erhalten und weiterentwickeln. Die beruflichen Schulen müssen gleichwertiger Partner im dualen System bleiben. Dafür brauchen sie vor allem eine moderne Ausstattung, eine bessere Lehrerversorgung und eine Ausweitung der Lehrerfortbildung.

Kinder und Jugendliche haben auch ein Recht auf Frei-Zeit und Frei-Räume außerhalb der Schule. Schule ist wichtig, doch sie ist nicht das ganze Leben - auch nicht bei Kindern und Jugendlichen. Die SPD will: Polit-Schule statt Schul-Freiheit. Für die SPD ist die Schule ein Instrument zur Gesellschaftsveränderung. Wir dagegen wollen die Freiräume erhalten, die Kinder mit der Familie, mit anderen Kindern oder Erwachsenen gestalten können - im Sportverein, in der Jugendgruppe, in der Kirchengemeinde, in der Kunst- oder Musikschule. Wir wollen keine schulische "Rundum-Betreuung", denn diese bedroht die vielfältigen Angebote der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, nimmt unseren Kindern ein unverzichtbares Stück an Frei-Zeit und damit an Freiheit und beeinträchtigt die Entwicklung der Kinder und damit auch das Erziehungsrecht der Eltern.

Für ihre Kinder wollen Eltern zwischen Schulen unterschiedlicher Trägerschaft und Prägung wählen können. Private Schulen gewährleisten Vielfalt der religiösen bzw. weltanschaulichen Orientierungen, der pädagogischen Konzepte und der Erziehungsvorstellungen. Daher garantieren wir den Privatschulen ihren Anspruch auf staatliche Förderung nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung.

Europa wächst immer enger zusammen. Die Zukunft Deutschlands in diesem Europa hängt ab vom Wissen und Können der jungen Menschen.

Wir werden deshalb

- in unseren Schulen das Fremdsprachenangebot ausweiten: Jeder junge Mensch soll mindestens eine europäische Fremdsprache beherrschen;
- schon in der Grundschule das Angebot machen, daß Kinder in altersgemäßer Form mit einer Fremdsprache vertraut werden;
- die Zahl der zweisprachigen Schulen erhöhen;
- den Austausch von Schülern und Lehrlingen, Praktikanten und Lehrern, Gesellen, Meistern und Facharbeitern ausweiten;
- Modellversuche zur Verkürzung von Schulzeiten einrichten.

Ideen schmieden für unsere Zukunft

Die Leistungen unserer Fachhochschulen und Universitäten werden die zukünftige Entwicklung unseres Landes ganz wesentlich mitentscheiden.

Ihre Aufgaben als Stätten der Lehre und Forschung, der Ausbildung und Bildung sind gestiegen durch:

- die enge Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft,
- die große Aufgabe, in einer Phase revolutionierender technischer Entwicklungen, eine geistig kulturelle Orientierung für die Menschen zu geben.

Die Situation an unseren Hochschulen ist dramatisch. Ihre Merkmale sind: Aus allen Nähten platzende Fachbereiche, Rekordzuwächse bei den Studienanfänger- und Studentenzahlen, überfüllte Hörsäle, lange Wartezeiten bei Seminaren, Praktika, Examensarbeiten, eklatante Engpässe bei Personal- und Sachmitteln und Wohnraumnot für unsere Studentinnen und Studenten.

Ohne das Engagement und den Fleiß der in Forschung und Lehre an unseren Hochschulen arbeitenden Menschen und ohne die Hilfe der Bundesregierung stünde die konzeptionslose, perspektivlose und zusätzlich hilflose SPD-Regierung noch offenkundiger vor dem Scherbenhaufen ihrer verfehlten Wissenschaftspolitik.

Es fehlen

- ein mit den Hochschulen des Landes abgestimmtes Konzept für die künftigen Strukturen und die Weiterentwicklung der Universitäts- und Fachhochschullandschaft Nordrhein-Westfalen,
- ein in sich schlüssiges Förderungskonzept, das die Forschungsförderungspolitik des Landes für Partner in Staat, Wissenschaft und Wirtschaft durchsichtig macht und eine koordinierte Förderung der Aktivitäten ermöglicht.

Die Studentenzahlen sind seit 1980 kontinuierlich von 330.00 auf fast 470.000, also um mehr als 40%, gestiegen. Die Stellen für wissenschaftliches Personal hingegen sind im gleichen Zeitraum um real 2,5% zurückgegangen. Auch der Hochschulausbau hat der Entwicklung der Studentenzahlen nicht Rechnung getragen.

Die SPD-Landesregierung redet zwar von Autonomie unserer Hochschulen und von einer Umstrukturierung unserer Hochschullandschaft. Sie praktiziert jedoch einengende, herrschende Bürokratie.

Nicht Selbstverwaltung und Autonomie, sondern Zufall und Willkür sind die beiden Säulen, auf denen die Wissenschaftspolitik dieser SPD-Regierung basiert.

Dabei werden insbesondere die Geisteswissenschaften als Steinbruch mißbraucht. Ihre Zukunft wird auf die Frage verengt, wieviel Lehrer der Finanzminister einzustellen gedenkt.

Damit vernachläßigt die SPD in unverantwortlicher Weise auch unsere Hochschulen in ihrer Aufgabe der Vermittlung einer geistig kulturellen Orientierung.

Wissenschaft braucht Freiraum. Die CDU NRW wird den Hochschulen diesen Freiraum schaffen.

Unsere Wissenschafts- und Forschungspolitik wird im Rahmen eines Gesamtkonzeptes erfolgen, das – mit den Hochschulen abgestimmt – der Effektivierung von Forschung und Lehre dient. So wird der deutsche Spitzenplatz in Forschung und Lehre gesichert und dort, wo er verloren gegangen ist, wieder hergestellt.

Die CDU NRW wird sich von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

1. Der Bedarf der Gesellschaft und der Wirtschaft an leistungsfähigen Hochschulen und Forschungseinrichtungen wird in Zukunft weiter zunehmen. Leistungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden eine immer wichtiger werdende Quelle für gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Innovationen, für eine geistig kulturelle Orientierung und zur Bewältigung des sich zunehmend rascher vollziehenden Strukturwandels in der Wirtschaft und der Gesellschaft.
2. Der wachsende Bedarf an Hochschulleistungen in Lehre und Forschung erfordert eine differenzierte Hochschullandschaft. Universitäten und Fachhochschulen bedürfen, ihrem jeweiligen Bildungsauftrag entsprechend, einer spezifischen Stärkung ihres Profils bei gleicher politischer Gewichtung.
3. Die verantwortete Autonomie der Hochschulen ist wiederherzustellen. Dazu ist es erforderlich, daß die Hochschulen die zur Stärkung ihrer jeweiligen Profile notwendigen Entscheidungen über Schwerpunkte in Lehre und Forschung sowie die damit korrespondierenden Entscheidungen über interne Umschichtungen von Stellen und Haushaltsmitteln eigenverantwortlich treffen können.

Dabei ist den Hochschulen durch staatliche Rahmenentscheidungen Planungssicherheit zu geben. Wenn weiterhin jede einzelne Stellenumwidmung und jede Schwerpunktsetzung von ministeriellen Genehmigungen abhängig bleibt, gefährdet dieses vor dem Hintergrund der zunehmenden Innovationsgeschwindigkeit in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft in beträchtlichem Umfang die Leistungsfähigkeit der Hochschulen.

4. In einer Zeit, in der das Scheitern planwirtschaftlicher Konzepte offenkundig ist, kommt es darauf an, auch den Hochschulbereich mehr am Wettbewerbsgedanken zu orientieren. Dies setzt Befreiung von bürokratischer Gängelei und eine Stärkung der verantworteten Autonomie der Hochschulen voraus. Es sind vermehrt Anreize für Leistungen der Hochschulen in Forschung und Lehre zu schaffen und die Verteilung staatlicher Mittel an die Hochschulen ist in einem transparenten Verfahren leistungsorientiert zu gestalten.
5. Die internationale, vor allem die europäische Dimension der Hochschulen ist zu stärken. Neben einer Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit in der Forschung kommt es insbesondere darauf an, vermehrt gemeinsame Studienprogramme grenzüberschreitend zu entwickeln. Dabei sind auch die Länder Osteuropas einzubeziehen.
6. Zur Gewährleistung der Vitalität und Innovationskraft der Hochschulen und ihrer Fachbereiche ist es erforderlich, den wissenschaftlichen Nachwuchskräften zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten und bessere Berufsaussichten an den Hochschulen zu geben. Dies gewährleistet, daß der Fortschritt in der Wissenschaft kontinuierlich gefördert und eine Verfestigung der Altersstruktur der Lehrenden erreicht wird.

Schließlich ist die Mitarbeitersituation an den Fachhochschulen deutlich zu verbessern.

7. Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen können die von ihnen erwarteten Leistungen nur erbringen, wenn sie über die notwendigen Rahmenbedingungen, insbesondere über die notwendige räumliche, apparative, personelle und finanzielle Ausstattung verfügen. Das erfordert eine deutlich höhere Priorität für den Wissenschaftshaushalt.
Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen selbst ist dadurch auf einen angemessenen Stand zu bringen, daß derzeit zentral verwaltete Mittel in die Hochschulkapitel verlagert werden, damit sie in den Hochschulen mit zu vergrößernden Entscheidungsspielräumen effizient und sachorientiert genutzt werden können.

Kampf gegen Gewalt und Verbrechen

Rechtsstaat und Rechtssicherheit sind herausragende Errungenschaften unserer Demokratie. Sie sind der einzige wirksame Schutz der Bürger. Die CDU NRW will einen Staat, der seine Bürger und unter ihnen besonders die Schwachen vor Gewalt und Verbrechen schützt.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird Gewalt und Verbrechen energischer bekämpfen und für Rechtssicherheit sorgen. Kriminelle und Verbrecher müssen wissen, daß sie in NRW auf den entschiedenen Widerstand des Rechtsstaates stoßen. Die Polizisten werden sich in einem CDU-regierten Nordrhein-Westfalen wieder auf die Landesregierung verlassen können. Sie werden nicht länger allein gelassen werden. Sie haben ein Recht auf die besondere Rückenstärkung durch unseren Staat.

Die SPD-geführte Landesregierung hat durch ihre "weiche Linie" à la Schnoor der Sicherheit geschadet. Das Gladbecker Geiseldrama, das Nachgeben bei der Forderung der Terroristen nach Zusammenlegung, rechtsfreie Räume wie in der Düsseldorfer Kiefernstraße, die Duldung von Brückenbesetzungen und Verletzungen der Bannmeile um den Landtag haben dem Ansehen des Rechtsstaates schweren Schaden zugefügt.

Gewalt und Verbrechen in unserem Land nehmen stark zu:

- Seit den 70er Jahren hat sich die Kriminalität fast verdoppelt. Die NRW-Polizei muß in vielen Bereichen mit ansehen, wie die Verbrechen zunehmen, während gleichzeitig die Unterstützung für die Polizei abnimmt.
- Eine ungeheure Drogenwelle rollt auf unser Land zu aus den Vereinigten Staaten, Asien und Lateinamerika. Die Zahl der Opfer und die Straftaten durch Drogenabhängige häufen sich, ohne daß ausreichend Gegenmaßnahmen ergriffen werden.
- Die Zahl der Wohnungseinbrüche hat sich seit 1980 in NRW fast verdoppelt. Die Aufklärungsquote ist dramatisch gesunken, sie liegt nur bei insgesamt 16,5 Prozent.

Mit der CDU Nordrhein-Westfalen wird es keine Fortsetzung der weichen Linie der Verbrechensbekämpfung in NRW geben. Wir werden dem weiteren Anstieg der Kriminalität in unserem Land nicht tatenlos zusehen.

Wir werden den Aufgabenbestand der Polizei kritisch sichten. Unser Ziel ist es, die Polizei durch Aufgabenverlagerung, aber auch durch Privatisierung geeigneter Bereiche - wie zum Beispiel des Objektschutzes - deutlich zu entlasten. Daneben werden wir die Polizei aufgabenorientiert personell verstärken. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich für eine starke Polizeipräsenz vor Ort durch einen Orts- oder Kontaktpolizisten einsetzen.

Auch wollen wir ihr modernste Fahrzeuge, Fernmeldeausstattungen, Computer und kriminaltechnische Einrichtungen geben, damit sie nicht schlechter, sondern besser ausgerüstet ist als die Unterwelt.

Die 'Organisierte Kriminalität' stellt eine besonders schwerwiegende Bedrohung für die Sicherheit in unserem Land dar. In Nordrhein-Westfalen erhöhte sich die Zahl der Straftaten des organisierten Verbrechens seit 1972 um 77 Prozent. Wir brauchen ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität. Wir wollen mit verdeckten Ermittlern arbeiten, neue Spezialabteilungen im den Kriminalämtern schaffen, die Kriminalbeamten gezielt fortbilden und Sonderstaatsanwaltschaften einrichten. Das internationale Verbrechen darf keine Chance bekommen, sich in unserem Land festzusetzen.

Wenn die USA gezwungen sind, mit kriegsähnlichen Mitteln das Rauschgift zu bekämpfen, dann sollten wir beizeiten den Kampf gegen das Rauschgift beginnen, ehe wir in eine ähnliche Zwangslage kommen wie die USA. Die von der Bundesregierung vorgesehene Einführung einer Vermögensstrafe sowie die Gewinnabschöpfung sind wirkungsvolle Maßnahmen gegen Drogenhändler.

Wir werden der Polizei das rechtliche Instrumentarium geben, das sie für eine effektive Arbeit braucht. Das gilt auch für eine klare gesetzliche Regelung für den finalen Rettungsschuß. Schwerverbrecher müssen wissen, daß wir das Leben von Geiseln mit allen Mitteln schützen. In Situationen absoluter Notwehr hat das Leben der Geisel Vorrang vor dem des Täters.

Wir werden in der Verbrechensbekämpfung die Kooperation mit der Bundesregierung und mit anderen Bundesländern zum Nutzen der Bürger unseres Landes stärken und verbessern. Dies gilt auch für eine stärkere Zusammenarbeit mit den europäischen Nachbarn, vor allem dann, wenn es um die Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Rauschgiftkriminalität geht. Der Abbau der EG-Binnengrenzen macht Ausgleichsmaßnahmen wie das geplante EG-Informationssystem als Beginn eines europäischen Kriminalamtes notwendig.

Die CDU bajht einen Strafvollzug, der den Gefangenen hilft und sie anleitet, künftig ein Leben in Straffreiheit zu führen. Dahinter darf jedoch das berechtigte Interesse der Bürger an einem wirksamen Schutz vor Übergriffen und Gefährdungen durch Strafgefangene nicht zurückstehen.

Hafturlaub darf nur geährt werden, wenn ein Sicherheitsrisiko für die Bevölkerung von Fachleuten ausgeschlossen wird. Darüberhinaus wollen wir eine klare Haftung des Staates für den Fall, daß sich diese Prognose über das Risiko eines Hafturlaubes als falsch erwiesen hat.

Unsere Heimat: weltoffen und tolerant

Nordrhein-Westfalen hat in seiner Geschichte immer wieder Zuwanderungen erlebt. Daraus resultiert ein Klima der Offenheit gegenüber Fremden. Dieses generelle ausländerfreundliche Klima wird uns auch helfen, den Ausländern und deren Kindern und Enkelkindern auf Dauer eine Heimat zu bieten, die wir als Gastarbeiter in den 60er und 70er Jahren zu uns geholt haben. Wir wollen Ihnen mit den verschiedensten Hilfen ein Angebot zu einer vollständigen Integration bieten.

Eine geglückte Integration setzt auf Seiten der Ausländer voraus, daß sie sich – bei Wahrung ihrer kulturellen Identität – auf unsere Gesellschaft einlassen und unsere verfassungsmäßige Ordnung respektieren. Von uns ist Integrationsbereitschaft und Toleranz gefordert.

Beide sind aber gefährdet, wenn in der Bevölkerung der Eindruck einer andauernden unkontrollierten Zuwanderung in unser Land entsteht. Denn hier in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Europas leben bereits 1,3 Millionen Ausländer. Das sind 8% der Bevölkerung.

Wir bejahren das Grundrecht auf Asyl, müssen aber feststellen, daß dieses Recht in den letzten Jahren von einer großen Zahl von Wirtschaftsflüchtigen als Vehikel zu einer unkontrollierten Einreise mißbraucht worden ist.

Wir begrüßen die Initiative der Bundesregierung, durch eine drastische Verkürzung der Anerkennungsverfahren diese illegale Zuwanderung zu unterbinden. Um so bedauerlicher ist es, daß die gegenwärtige Landesregierung durch ihre Asylpolitik mit unbegründeten Abschiebestops, Sonderrechten für bestimmte Volksgruppen und Alleingängen in der Innenministerkonferenz diese Bemühungen unterläuft.

Die Landesregierung gefährdet damit auf die Dauer die Aktzeptanz des Grundrechtes auf Asyl in der Bevölkerung, aber auch das für die Integration der hier lebenden Ausländer erforderliche Klima der Toleranz und Offenheit.

Deshalb wird eine CDU-geführte Regierung dafür sorgen, daß diejenigen, die sich weder auf das Asylrecht, noch auf ein Bleiberecht nach dem Ausländerrecht stützen können, zügig wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß nur die Staatsbürger über Wahlen an der politischen Willensbildung des Volkes teilnehmen. Wir lehnen deshalb ein Wahlrecht für Ausländer ab. Das gilt auch für die kommunale Ebene. Das Kommunalwahlrecht ist kein Wahlrecht zweiter Klasse. Wir lehnen deshalb die Pläne der SPD zur Einführung eines kommunalen Wahlrechtes ab.

Dieses Wahlrecht kann kein Mittel zur Integration sein. Es kann erst am Ende einer geglückten und mit der Einbürgerung abgeschlossenen Integration stehen. Wir wollen deshalb allen hier legal lebenden Ausländern den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit nachhaltig erleichtern.

Unsere Perspektive ist ein europäisches Wahlrecht in den Ländern der EG. Nach der Schaffung des Gemeinsamen Marktes muß die Entwicklung zu einer politischen Gemeinschaft in Europa führen. Diesen Weg wollen wir beharrlich weitergehen.

Kultur und Sport pflegen – Leben erleben

Kultur ist das besondere Feld der kreativen Individualität. Kultur ist nicht lediglich Beiwerk gesellschaftlicher Entwicklungen, sondern unverzichtbarer Beitrag für eine schöpferische und phantasievolle Gestaltung einer menschlichen Zukunft. Wir bejahren die lebendige und vielfältige Kulturlandschaft unseres Landes. Sie ist Teil unseres geistigen Reichtums. Eine lebendige kulturelle Szene kann nur ungegängelt gedeihen in einem Klima der Offenheit und Toleranz, der geistigen Freiheit.

Die CDU Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu einem erweiterten Kulturbegriff, der alle Ausdrucksformen kulturellen Engagements umfaßt. Wir sind für das eigenverantwortliche Engagement und die Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen.

Die CDU NRW tritt ein für den Bestand der traditionellen Kultureinrichtungen; sie sind die Basis, auf der allein sich die kulturelle Szene in ihrer ganzen Breite und Vielfalt entwickeln kann. Trotz der manchmal schwierigen kommunalen Finanzlage muß die kulturelle Vielfalt erhalten und die Förderung der kulturellen Einrichtung gesichert werden.

Die CDU NRW wird privates Mäzenatentum und Kultur-Sponsoring ermutigen – nicht als Ersatz, aber als wichtige Ergänzung der nach wie vor unverzichtbaren öffentlichen Kulturförderung. Berührungsängste sind unnötig, solange inhaltliche Einflußnahme unterbleibt. Und die Freiheit der Kultur erfordert, daß Fremdeinfluß unterbleibt.

Die CDU NRW wird die Pflege und Weiterentwicklung der ostdeutschen Kultur garantieren und zur Erhaltung mittel- und ostdeutscher Kulturdenkmäler insbesondere in den Patenländern Nordrhein-Westfalens (Brandenburg, Oberschlesien und Siebenbürgen) beitragen.

Die CDU NRW wird die vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft unseres Landes pflegen und ausbauen. Das Land NRW ist nach wie vor im Vergleich mit den anderen Flächenländern das Schlußlicht bei der Theater- und Orchesterförderung. Die theatertragenden Kommunen brauchen neben einer verbesserten Landesförderung vor allem eine über mehrere Jahre verlässliche Planungssicherheit bei der Landesförderung.

Auch beim überregionalen Informationsaustausch und bei der Unterstützung kommunaler und regionaler Kulturarbeit kann und muß die Landesregierung helfen. Die CDU NRW wird die Arbeit der Literaturbüros und des Filmbüros fördern und deren Angebote dem wachsenden Bedarf anpassen.

Die beiden Kultursekretariate in Wuppertal und Gütersloh müssen durch eine verbesserte Landesförderung in die Lage versetzt werden, den wachsenden Aufgaben und dem größeren Interesse der Kommunen nachkommen zu können.

Sport ist für Millionen Menschen ein wichtiger Teil von Lebensfreude und Lebensorfüllung. Millionen Menschen sind sportlich aktiv. Fast 5 Mio. Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sind Mitglieder in einem Sportverein. Der Sport hat eine große gesellschaftliche Bedeutung. Er ist Freizeit und aktive Erholung. Er ist Freude am Spiel und Vergnügen an der körperlichen Ertüchtigung.

Er erlaubt individuelle Verwirklichung und Gruppenerlebnis. Er fördert Wettbewerb und Gemeinschaftssinn. Sport ist eine der "herrlichsten Nebensachen" der Welt. Er ist wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft verändert sich und mit ihr der Sport. Der Sport folgt den Entwicklungen unserer Freizeitgesellschaft. Seine Bedeutung wächst. Die Politik muß dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen. Die Sportvereine bedürfen der partnerschaftlichen Hilfe des Staates, um im Wettbewerb mit kommerziellen Anbietern nicht unterzugehen. Die Sportvereine leisten Aufgaben, die im Interesse unserer Gemeinschaft liegen.

Wir sollen ihnen und dem Sport insgesamt helfen, indem wir

- die Landesmittel zur Förderung der Übungsleiter erhöhen,
- den Sportorganisationen dabei helfen, hauptamtliche Fachkräfte einzustellen, um die unverzichtbare ehrenamtliche Arbeit zu ergänzen,
- den Bau und die Modernisierung von Sportstätten stärker fördern,
- denjenigen, die regelmäßig Sport treiben, Vorsorgeuntersuchungen anbieten, damit Sport nicht gesundheitsschädlich ausgeübt wird,
- die Maßnahmen zur Talentsuche und -findung weiter ausbauen, um den Nachwuchs für den Spitzensport zu fördern,
- die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Sport und Umwelt als natürliche Verbündete miteinander leben.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird dem Sport fairer Partner und engagierter Förderer sein. Wir werden den Leistungssport – auch im internationalen Vergleich – mehr als bisher fördern.

Wir werden in besonderer Weise den Breitensport fördern und im Rahmen des Breitensports unser besonderes Augenmerk auf den Gesundheitssport, den Behindertensport, den Seniorensport sowie auf den Sport für Schichtarbeiter und ausländische Mitbürger richten.

Unsere Medien – verantwortete Freiheit

Kommunikation verbindet die Menschen weltweit. Nachrichten eilen in Sekundenschnelle um den Erdball. Nie zuvor haben Menschen soviel übereinander und voneinander erfahren können. Nachrichten helfen Ketten sprengen. Die Medien haben eine wichtige Rolle bei der Selbstbefreiung der Menschen in der DDR, in Polen, in Ungarn und in der CSSR gespielt. Diktaturen und ihre Geheimnisse kommen ins Blickfeld der Kameras. Die Despotie kann sich nicht länger verstecken. Die Weltöffentlichkeit sieht zu. Informations- und Meinungsfreiheit, eine freie Presse sind für eine freie Gesellschaft Voraussetzung und Auftrag.

Die CDU wird dazu beitragen, daß die Zeitung auch in einer entwickelten Kommunikationsgesellschaft ihren Platz behält, ihre wirtschaftlichen Grundlagen festigen und dem Bürger eine Vielfalt von Informationen und Meinungen anbieten kann. Zu dieser Vielfalt gehört unverzichtbar die Regional- und Lokalzeitung, weil sie wie kein anderes Medium geeignet ist, den Bürger mit seiner Umgebung vertraut zu machen und ihm in Nachricht und Anzeige die Möglichkeit eröffnet, am kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben seiner Heimat teilzunehmen. Die CDU wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der weiteren Konzentration des Zeitungswesens widersetzen, um den mittleren und kleinen Zeitungsverlagen ihre Existenz zu sichern.

Das am 17.01.1987 von der SPD gegen die Stimmen der CDU und FDP verabschiedete Landesrundfunkgesetz ist nachweislich das erfolgloseste Gesetz in der deutschen Parlamentsgeschichte. Sein wichtigster Teil, nämlich die Einrichtung des Lokalfunks, ist vier Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes nicht viel mehr als nur ein Paragraph. Das unpraktikable "Zwei-Säulen-Modell" ist zudem verfassungsrechtlich bedenklich und wird von der CDU auch rechtlich angefochten. Die mittleren und kleinen Zeitungsverlage beteiligen sich - wenn überhaupt - nur unter dem Gesichtspunkt der "Schadensbegrenzung".

Die Beteiligung des WDR ist vom zuständigen Bundesamt als kartellrechtswidrig festgestellt worden. Die Bereitschaft tausender Bürger, sich in Veranstaltergemeinschaften und Radiovereinen der Entwicklung des Lokalfunks zur Verfügung zu stellen, ist mißbraucht und enttäuscht worden. Das ideologisch verbrämte Nachhutgefecht der SPD, einen dualen Hörfunk in NRW zu verhindern, läßt wieder die verhängnisvolle Tendenz der SPD erkennen, dem Bürger zu sagen, was er zu hören hat, statt den Bürger entscheiden zu lassen, was er hören möchte. Informationsgängelung statt Informationsfreiheit. Bedauerlicherweise geht man so mit mündigen Bürgern in NRW um. Die CDU wird diesem staatlichen Machtmißbrauch ein Ende machen.

Die CDU begrüßt es grundsätzlich, daß im Bereich des Fernsehens durch die Zulassung privater Anbieter das Programmangebot vergrößert wird. Wie in anderen Ländern wird der Wettbewerb die Innovationskräfte in den konkurrierenden Anstalten freisetzen. Die Befürchtung, daß in dieser Entwicklung sich nur seichte und anspruchslose Programme behaupten könnten, zeugt von einem tiefen Mißtrauen in Geschmack und Bildung der Bürger.

Die Programm-Verantwortlichen in beiden Systemen sind aufgefordert, auf unsere noch nicht unterscheidungsfähigen Mitbürger - also die Kinder - mehr Rücksicht zu nehmen als bisher. Die Darstellung von Gewalt und Unmenschlichkeit in allen Formen der Unterhaltung verletzt unser Menschenbild. Die CDU erwartet, daß die gesetzlich eingerichteten Kontrollen genauso wie die freiwillige Selbstkontrolle wirksamer angewandt werden.

Sie erwartet von Rundfunkkommission und Rundfunkrat eine aufmerksam-kritische Begleitung der Programme. Noch wichtiger aber ist das Verantwortungsbewußtsein der für das Programm Verantwortlichen. Freiheit bedingt Verantwortung. Verantwortung sichert Freiheit. Qualität einer Anstalt ergibt sich nicht nur aus ihren Programmen, sondern auch aus dem, was sie, im eigenen Ermessen, nicht gesendet hat.

Die CDU ordnet innerhalb eines dualen Hörfunk- und Fernseh-Systems den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten eine wichtige Aufgabe zu, die durch die Gebührenzahlung der Bürger die Anstalten zu besonderen Leistungen verpflichtet:

Der Westdeutsche Rundfunk muß daher für sein Verbreitungsgebiet die Grundversorgung sicherstellen.

Die Verpflichtung zur Grundversorgung ist aber nicht damit erfüllt, daß der WDR in allen Landesteilen empfangen werden kann.

Grundversorgung besteht in einem umfassenden Angebot an Information, Kultur und Unterhaltung. Grundversorgung ist erst dann gewährleistet, wenn alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft sich in den Programmen wiederfinden.

Grundversorgung ist erst erreicht, wenn das Programm politisch ausgewogen ist, also keine Gruppe oder Partei gegenüber anderen bevorzugt oder benachteiligt wird.

Wenn dies nicht in professioneller Weise, objektiv und in hoher Verantwortung vor dem gesetzlichen Auftrag geschieht, verwirkt der öffentlich-rechtliche Rundfunk seinen Anspruch auf Gebührenzahlung durch alle Besitzer eines Radio- bzw. Fernsehgerätes.

So unbestritten die Freiheit der Meinung und das Recht auf kritische Kommentierung ist, so bedenklich ist die penetrante politische Einseitigkeit einzelner Programmacher. Sie schaden der Glaubwürdigkeit einer öffentlich-rechtlichen Anstalt, verletzen die Rechte und Empfindungen vieler Bürger und sind letztlich der Mißbrauch einer öffentlich-rechtlichen Anstalt durch eine Minderheit.

Die CDU beobachtet mit großer Sorge Tendenzen des WDR, mit einer "Besetzungsstrategie" der Konkurrenz privater Veranstalter zu begegnen.

Besetzungsstrategie besteht in der Absicht (und der Bereitschaft der SPD-Landesregierung), neben vier Hörfunkprogrammen ein fünftes einzurichten. Tatsächlich sollen private Bewerber abgewehrt werden.

Besetzungsstrategie besteht in der Absicht des WDR, sich mit einem Rahmenprogramm am Lokalfunk zu beteiligen. Tatsächlich sollen auch hier private Bewerber abgewehrt werden.

Besetzungsstrategie wird dort sichtbar, wo lokale Versuchs- und Pilotprojekte (Dortmund) zu Lasten des WDR-Haushaltes und auf Kosten aller Gebührenzahler fortgeführt werden.

Die CDU hält es für eine langfristig verhängnisvolle Entscheidung, die Aufgaben der öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht nur durch Rundfunkgebühren, sondern auch mit Werbeeinnahmen zu finanzieren.

Die nordrhein-westfälische CDU wird alle Bestrebungen unterstützen, die den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Konzentration auf seinen eigentlichen Auftrag führen. Zur Erfüllung dieses Auftrages haben diese Systeme einen Anspruch auf ein ausreichendes Gebührenaufkommen, auf ein gebührenfinanziertes Programm ohne Werbung.

Die Journalistinnen und Journalisten in Presse, Hörfunk und Fernsehen leisten für Erhaltung und Festigung unserer demokratischen Ordnung einen unverzichtbaren Beitrag und haben sich um die Entwicklung unserer Demokratie verdient gemacht. Ungeachtet der von uns geschilderten und kritisierten Fehlentwicklungen bekennt sich die CDU zur Freiheit der Presse und hat Respekt vor allen Frauen und Männern, die dort ihre wichtige Aufgabe verantwortungsbewußt wahrnehmen.

Bürgernahe Politik in Städten und Gemeinden

Nordrhein-Westfalens Stärke ist seine Vielfalt. Die Identität und Geschichte der Landschaften, Regionen, Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist älter als die politischen Grenzen. Maßstab für unsere Politik in Nordrhein-Westfalen ist, daß sie den Kommunen und Regionen Gestaltungsspielräume läßt und neue Chancen bietet, ihr eigenes Profil zu wahren und in eigener Zuständigkeit weiterzuentwickeln.

Die CDU Nordrhein-Westfalen wird die kommunale Selbstverwaltung stärken. Dafür brauchen wir in Land und Kommunen eine solide Haushalts- und Finanzpolitik. Dazu gehört eine Gemeindefinanzierungsreform, die eine verlässliche Basis für die Kommunalfinanzen und die Zukunftsplanungen in Städten und Gemeinden bietet.

Die CDU Nordrhein-Westfalen tritt für eine durchgreifende Reform der Gemeindeordnung ein, die in ihrer gegenwärtigen Fassung dem Verständnis und den Erwartungen der Bürger nicht entspricht und immer weniger für die praktische Kommunalpolitik taugt. Bürgernahe Kommunalpolitik braucht mehr Bürgereinfluß. Wir wollen, daß die Bürger ihre (Ober-)Bürgermeister künftig direkt wählen können. Die Reform der Gemeindeordnung muß das überholte Nebeneinander von hauptamtlicher Verwaltungsleitung und ehrenamtlich politischer Führung beseitigen. Wir wollen starke Bürgermeister, die als Ratsvorsitzender und Chef der Verwaltung die Politik umsetzen und verantworten, für die sie vom Bürger gewählt werden.

Daneben muß die Position der Bezirksvertretungen und der Bezirksausschüsse gestärkt werden. Wir wollen das Ehrenamt durch Konzentration der Rats- und Ausschußarbeit auf die kommunalpolitischen Leitlinien und Grundsatzentscheidungen stärken.

Europäische Dimensionen, die sich mit der wirtschaftlichen und politischen Einigung unseres Kontinente eröffnen, bringen einen neuen Stellenwert für die Regionen Nordrhein-Westfalens. Wo z.B. Wirtschaftsförderung, Umweltschutz oder Verkehrsentwicklung aus kommunaler Perspektive allein nicht mehr bewältigt werden können, müssen überzeugende Formen regionaler Zusammenarbeit von Städten und Gemeinden, aber auch von Kommunen, Wirtschaft und Staat gefunden werden.